

# VVN-BdA und das Internet

## Aufruf zum Mitmachen – es ist leichter als gedacht

**Dem Internet gehöre die Zukunft – sagt man. Falsch ist das nicht, da eine Zukunft ohne Internet nicht mehr vorstellbar ist. Zu sehr hat es sich in unserer Arbeit und unserem Leben festgesetzt, ja von uns selbst Besitz ergriffen; Segen und Fluch zugleich.**

Überschätzen sollte man das Internet indes nicht. Unverzichtbar zwar, aber natürlich kein vollständiger Ersatz anderer Medien und Formen der Diskussion und Information.

Ob das Internet in ferner Zukunft die »Papiermedien« verdrängt haben wird, sei dahingestellt. Derzeit und in näherer Zukunft ist dies trotz scharfer Konkurrenz nicht zu befürchten.

### nonpd-Kampagne

Als Beleg dafür mag die nonpd-Kampagne unserer VVN-BdA gelten: In ihrer ersten Phase im Jahr 2007 kamen ca. 8 Prozent der 175.000 Unterschriften per Internet und 92 Prozent »per Papier« zustande. In der jetzt laufenden zweiten Phase wurden knapp 50

Prozent der bisher 4200 Stellungnahmen im Internet abgegeben. Die Unterschiede sind wohl damit zu erklären, dass eine Unterschrift auf eine Papierliste am wenigsten aufwändig ist, während eine Stellungnahme eher Konzentration und Ruhe verlangt.

Mit dem Konzept, Stellungnahmen auf unserer nonpd-Internetseite ([www.npd-verbatim.de](http://www.npd-verbatim.de)) zu sammeln, haben wir nicht nur unsererseits Neuland betreten, wir haben vielmehr das Modernste realisiert, was das Internet zu bieten hat: eine »Community« (Gemeinschaft), der man beitreten kann, indem man Stellung bezieht und einen Beitrag beisteuert; eine »Community«, in der die Stellungnahmen öffentlich zugänglich sind und die alle Beiträge auch für die Zukunft konserviert; eine »Community«, in der die Stimme des Individuums etwas gilt.

### Web-Seiten und Visitenkarten

Die Präsenz der VVN-BdA im Internet ist erfreulich und kritikwürdig zugleich. Derzeit haben knapp 70 Landes- und Kreisvereinigungen einen eigenen Internetauf-

tritt. Weitere 70 haben eine Visitenkarte, die die wichtigsten Daten und vor allem ein Kontaktformular enthält, mit dem jeder Interessent und jede Interessentin zu der jeweiligen Gruppe Kontakt aufnehmen kann.

Auf der Bundesseite ([www.vvn-bda.de](http://www.vvn-bda.de)) findet sich der Bereich »Wo wir sind« und im Menüpunkt »Landes- und Kreisvereinigungen« eine Übersicht über die Internetseiten der VVN-BdA.

Ende November werden allen Gliederungen der VVN-BdA mit eigener Internetseite oder wenigstens Visitenkarte im Internet präsent sein. Damit wäre dann der Beschluss des letzten Bundeskongresses erfüllt: »Alle Gliederungen ans Netz!« Voraussichtlich werden das dann etwa 180 sein.

Kritikwürdig bleiben allerdings die Qualität und Aktualität unserer Internetseiten, die zum Teil erheblich zu wünschen übrig lassen. Häufig ist auch die Forderung nach Wiedererkennbarkeit unserer Organisation verletzt; ein Mindestmaß an Ähnlichkeit in Design und Erscheinungsbild sollte machbar sein und umgesetzt werden.

Kritikwürdig bleibt natürlich auch die große Zahl der Visitenkarten. So wichtig es ist, dass buchstäblich alle Gliederungen der VVN-BdA im Netz und über das Kontaktformular zu erreichen sind, so wichtig ist der Ausbau der Visitenkarten zu vollwertigen Internetseiten.

### Unser Redaktionssystem

Gerade mal ein Anruf oder eine Mail reicht aus, die Visitenkarte zu einer vollwertigen Internetseite zu machen. Innerhalb kürzester Zeit wird sie auf unser Redaktionssystem umgestellt und es kann veröffentlicht werden.

Wer mit dem Computer einen Brief, ein Flugblatt oder einen Rundbrief schreiben kann, kann in unserem Redaktionssystem auch einen Artikel veröffentlichen. Inzwischen gibt es etliche »Zeugen«, die bestätigen können, dass die Bedienung in jeder Hinsicht einfach ist.

Und das Schönste: es kostet nichts, da die entstehenden Kosten von der Bundesvereinigung übernommen werden.

**Rainer Zorn**

# Zum 65. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald

## Spendenaufruf der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V.

**Am 11. April 2010 wird der 65. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald begangen. Auf dem Ettersberg werden sich ehemalige Häftlinge aller Nationen treffen, um sich der Zeit des Grauens in diesem Lager, ihrer toten Kameraden, der Solidarität, des mutigen Widerstands, der Selbstbefreiung und des Neuanfangs zu erinnern.**

Angehörige ehemaliger Häftlinge, die sich dem Schwur von Buchenwald verbunden fühlen, werden sich dem Vermächtnis der ehemaligen Buchenwalder entsprechend zu Frieden, Völkerverständigung

und Solidarität erklären.

Die Mitglieder der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e.V. möchte hochbetagten deutschen ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers, Witwen ehemaliger Häftlinge, Kindern und Enkeln ermöglichen, an dem vermutlich letzten bedeutsameren Treffen teilzunehmen. Wir meinen, das den Toten schuldig zu sein.

Während für die ehemaligen Häftlinge die Finanzierung der Teilnahme staatlich gesichert ist, müsste von Witwen und Angehörigen der Aufenthalt aus eigenen Mitteln finanziert werden. Ihnen entstünden Kosten, die vielfach die

eigenen Möglichkeiten bei weitem übersteigen.

Um dennoch möglichst vielen Interessierten eine würdige Teilnahme zu ermöglichen, hat die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V. aus eigener Kraft einige Vorbereitungen getroffen. Dringend wird jedoch weitere finanzielle Unterstützung gebraucht.

Aus diesem Grund wenden wir uns mit der Bitte an Sie, unser Vorhaben finanziell zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
**Günter Pappenheim**  
Vorsitzender Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V.

**Spenden für den  
11. April 2010**

**Lagergemeinschaft  
Buchenwald-Dora e.V.  
Berliner Volksbank  
BLZ 100 900 00  
Konto: 7 219 906 000  
Verwendungszweck:  
11. April 2010**

**Auf Wunsch werden  
Spendenbescheinigungen  
ausgestellt.**

# Es geht immer noch was

## Neue Materialien »nonpd«

**Die Affäre um den »badischen Bombenbauer«, die offene Verstrickung von NPD-Funktionären in die Vorbereitung von Bombenanschlägen in Baden-Württemberg und das einhergehende komplette Scheitern des V-Leute-Systems, ist Gegenstand eines Mitte Oktober erschienenen »antifa extra«. Es handelt sich um eine vierseitige Flugschrift, die - »straßentauglich« aufgemacht - Vorgänge beleuchtet, die, wenn es sich z. B. um islamistische Täter gehandelt hätte, längst zu massiven staatlichen Eingriffen geführt hätten.**

Eine ganz neue Art Informationsmaterial ist unser Flyer »Das ultimative V-Männer-Quiz«. Neun Fragen und jeweils drei Antwortvarianten hinterfragen lieb gewonnene oder weit verbreitete Fehlinfor-

### Quiz regt zum Denken an

mationen. Das Quiz ist im Stil bekannter Fernsehsendungen aufgemacht, ist amüsant und fordert den Nutzer heraus. Es regt zum Denken an ohne vordergründig zu belehren. Ausfüllen könnte man das Quiz z. B. mit dem neuen Kampagnenkugelschreiber, auch sehr geeignet für das Sammeln von Stellungnahmen, als Geschenk oder Gesprächsanlass.

Krönung der Herbstmaterialien ist aber die Kampagnenbroschüre »Das war's? Noch lange nicht!« Es

handelt sich um eine Art Lesebuch. Im ersten Teil werden in Texten von Daniela Dahn, Gerhard Fischer, Jürgen Gechter, Ulla Jelpke, Cornelia Kerth und Thomas Willms alle wichtigen Informationen und Zusammenhänge zum Thema NPD-Verbot und unserer Kampagne dargestellt. Im zweiten Teil dokumentieren wir exemplarisch 100 Stellungnahmen, die die ganze Vielfalt der tausenden von uns auf der Homepage [www.npd-verbot-jetzt.de](http://www.npd-verbot-jetzt.de) veröffentlichten Texte darstellt. Die Broschüre ist handlich klein und mit 60 Abbildungen lesefreundlich und ansprechend. Da außerdem mit 1 Euro auch noch preiswert, eignet sie sich besonders als Geschenk für alle, die mit uns zusammen gegen Neofaschismus arbeiten und als Argumentationshilfe für alle Unentschlossenen. **Thomas Willms**



Programme gegen Rassismus und Neonazismus in Gefahr

## Schwarz-gelbe Koalition kündigt Konsens gegen Rechts

»Die Koalitionspartner von Union und FDP haben den gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus aufgekündigt.« Das ist Pressemeldungen zu entnehmen, nach denen die bisher zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgewendeten Mittel auch zur Bekämpfung von so genanntem Linksextremismus und Islamismus verwendet werden sollen.

Union und FDP bagatellisieren mit ihrem Beschluss die Gefahr, die vom gewalttätigen Rechtsextremismus in Deutschland ausgeht. Die Koalition ignoriert, dass seit 1993 141 Menschen Opfer rechter und rassistischer Gewalt geworden sind. Sie bagatellisiert die von Jahr zu Jahr steigenden Zahlen von gewalttätigen Angriffen durch Rechtsextremisten.

Noch 2001 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam beschlossen, stärker gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt vorgehen zu wollen. Ergebnis waren unter anderem die Programme für Vielfalt und Toleranz, die Modellprojekte beim Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützt haben.

Angesichts der Haushaltslage dürfte klar sein, dass bei einer Ausdehnung dieser Programme auf die Bekämpfung des »Linksextremismus« und des Islamismus im Ergebnis weniger Mittel für den Kampf gegen Rechts zur Verfügung stehen werden. Die künftige Bundesregierung schwächt damit bewusst den Kampf gegen die Gefahr von rechts aus rein ideologischen Motiven.

**Ulla Jelpke MdB**

## Gegen Nazis – Denn sie werden nicht durchkommen!

Tagesseminar in Dortmund am 28. November

**Das bundesweite Bündnis, das die Aktion »Dortmund stellt sich quer« zum so genannten Nationalen Antikriegstag der Nazis in Dortmund organisierte, macht weiter, denn auch die Nazis haben sich für September 2010 wieder angemeldet. Es teilt mit: »Am 28. November wollen wir über Strukturen und Inhalte der Neofaschisten hierzulande informieren. Zudem wollen wir gemeinsam über Gegenstrategien diskutieren, um für die Zukunft antifaschistisches Engagement zu stärken und um uns dem braunen Mob erfolgreich entgegen stellen zu können.«**

Nicht nur für Gruppen und Einzelpersonen in Dortmund, die ja bekanntlich immer wieder mit den Neonazis in Konfrontation geraten, ist diese Veranstaltung interessant. Auch in anderen Städten bestehen bereits fest neofaschistische Strukturen. »Lassen wir nicht zu, dass sie sich entfalten können. Informa-

tionen gibt es genug beim Tagesseminar und vielleicht auch genug Kraft, um auch in anderen Städten nach Unterstützung im Kampf gegen Rechts zu suchen und zu organisieren.«

Wie können wir rechte Demagogen ans Licht bringen und organisierten Widerstand auf die Straße tragen? Wie wollen wir in Zukunft auf Aktivitäten der Neonazis reagieren und wie können wir uns eine gemeinsame Grundlage für die zukünftigen Auseinandersetzungen schaffen? Das sind nur einige der Fragen, auf die das Bündnis auf seinem Tagesseminar Antworten entwickeln will. Hierzu eingeladen sind alle, die sich gegen Rechts engagieren oder engagieren wollen. Erwartet werden Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, Markus Bernhardt von der Tageszeitung »Junge Welt« und weitere ReferentInnen. Ort und Zeit werden in Kürze von der VVN-BdA NRW bekannt gegeben.



# Protest gegen Abschiebungen in den Kosovo

Verfolgtenverband und Flüchtlingsrat klagen Respekt für Roma und Sinti ein

**In einer gemeinsamen Erklärung der VVN-BdA und des niedersächsischen Flüchtlingsrates erklären diese: »Wir fordern mit Nachdruck von staatlichen Vertretern auf allen Ebenen einen sensibleren Umgang mit den Angehörigen von Gruppen, die während des Faschismus verfolgt wurden.«**

Denn: »Es wirkt unglaublich, wenn wir heute den faschistischen Völkermord an Jüdinnen und Juden und an Sinti und Roma als Verbrechen brandmarken und verurteilen, aber den Angehörigen dieser beiden Verfolgtengruppen einen vorbehaltlosen Schutz verweigern. Weil ein Leben in Sicherheit und Würde im Kosovo für Minderheitenangehörige nicht gewährleistet ist, müssen die Roma-Flüchtlinge einen sicheren Aufenthalt in Deutschland erhalten.«

Zur Begründung wird ausgeführt: Man höre es oft, besonders zu Gedenktagen: »Das Wissen über die Verbrechen des NS-Staates gehört zum kollektiven Bewusstsein der Menschheit.« Doch »insbesondere Sinti und Roma mussten um ihre Anerkennung als Verfolgte des Naziregimes kämpfen, obwohl ihre Verfolgung nicht



Otto Pankok, Von Auschwitz zurück, 1948.

bezweifelt werden kann.«

Schon 1933 forderte das Rassen- und Siedlungsamt der SS in Berlin, Sinti und Roma sowie Nachkommen aus Ehen von Partnern unterschiedlicher Herkunft sterilisieren zu lassen. Der Rassenwahn der Nazis erfasste mit dem »Blutschutzgesetz« und dem »Ehegesundheitsgesetz« ab 1935 auch Sinti und Roma. Zur »Reinerhaltung des deutschen Blu-

tes« sollten keine Ehen geschlossen werden von Deutschen mit Jüdinnen/Juden, von Deutschen mit »Zigeunern, Negern und ihren Bastarden«. Angehörige der Sinti und Roma waren medizinischen Versuchen ausgeliefert, sie wurden sterilisiert und vermessen wie Vieh; sie mussten auch Zwangsarbeit z.B. in Rüstungsbetrieben leisten.

Der geplante Völkermord an den Sinti und Roma wurde brutal in die Tat umgesetzt. Die Nazis verschleppten sie in Ghettos, Gefängnisse, Zuchthäuser und KZs, wo sie alle Erniedrigungen, Verletzungen, Brutalitäten ertragen mussten, bevor letztlich über 500 000 von ihnen ermordet wurden.

Auf dem Gebiet des damaligen Jugoslawien kämpften viele Roma mit den Partisanen gegen die Faschisten. Etwa 120 000 wurden in den Konzentrationslagern der Ustascha-Faschisten ermordet.

Entschädigungsleistungen wurden im Nachkriegsdeutschland den anspruchsberechtigten Sinti und Roma zunächst gänzlich vorenthalten. Es konnten Einzelanträge gestellt werden, die aber meist abgelehnt wurden.

Als die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma 1979 mit einer Kundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen und besonders 1980 mit einem Hungerstreik im

KZ Dachau verzweifelt auf sich aufmerksam machen musste, veranlasste dies den Bundestag 1981, über eine Pauschalentschädigung von bis zu 5000 DM für bisher noch nicht entschädigte und noch lebende Verfolgte des NS-Regimes zu entscheiden.

Erst im Jahre 2008, 63 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, wurde in Berlin der erste Spatenstich für ein Mahnmal getan, das an das Schicksal der Sinti und Roma erinnern soll.

In der Erklärung wird ausgeführt: »Doch die späte Erinnerung an die Verfolgung der Roma unter dem NS-Regime hat nicht dazu geführt, dass sich Deutschland seiner aus der Vergangenheit erwachsenen Verantwortung für das Schicksal der Roma im heutigen Europa gestellt hätte. Dies zeigt sich insbesondere am Umgang mit Roma-Flüchtlings, die insbesondere in den letzten 15 Jahren Schutz vor Verfolgung in Deutschland gesucht haben.« Von einem »Leben in Sicherheit und Würde« – dieser

**(Fortsetzung auf Seite 4)**

## Born to be Deported – Fünf vor zwölf!

Unter diesem Motto hatte auch das »Berliner Bündnis gegen Abschiebungen von Roma« anlässlich des Tags des Flüchtlings für den 2. bis 4. Oktober aufgerufen, am Potsdamer Platz in Berlin gegen die drohende Abschiebung von bis zu 22 000 Roma in den Kosovo zu protestieren.

Auch die Berliner VVN-BdA forderte, aus historischer Verantwortung für die Verfolgung und Vernichtung der Roma zu handeln: Bedingungsloser Schutz, ein sicheres Aufenthaltsrecht und keine Abschiebung von Roma in den Kosovo!

Die Aktionstage wurden am 2. Oktober von der Roma-Band Fanfare Kalashnikov eröffnet. Eine kleine Ausstellung informierte

über die mediale antiziganistische Hetze in Berlin am Beispiel einer Gruppe rumänischer Roma, die im Frühsommer zum Spielball der Berliner Behörden geworden war. Das Roma Aetherclub Theater aus Neukölln lieferte eine szenische Lesung. Die MdB Ulla Jelpke (Linke) und Christian Ströbele (B'90/Grüne) versicherten, sich für ein Bleibe-recht einzusetzen. Am 4. Oktober nahmen 40 von Abschiebung bedrohte Jugendliche an der Kundgebung teil.

Weitere Aktionen sind angekündigt. Und die VVN-BdA Berlin sagt Danke an die VVN-BdA Niedersachsen: »Ihr Flugblatt war Ansporn und Inspiration.«

**Mario Lemke, Berlin**

## Es war wie einst

Romani Rose, Vorsitzender des Deutschen Zentralrates der Sinti und Roma, dokumentiert ein Beispiel für den Versuch einer Verfolgten, 1951 Entschädigung zu erhalten: »Als Anna Eckstein 1951 in Karlsruhe einen Antrag auf Wiedergutmachung stellt, wird sie von der Kriminalpolizei vorgeladen und steht plötzlich vor Leo Karsten, dem ehemaligen SS-Mann und Leiter der »Dienststelle für Zigeunerfragen« im Berliner Polizeipräsidium. (...) Wie damals wird sie erkennungsdienstlich behandelt. (...) In den »alten Zigeunerakten« finden sich auch ihre Deportationsnummer und sämtliche Angaben über ihre Familie. Am Ende wird Anna Ecksteins Antrag mit der Bemerkung abgelehnt, daß sie im Mai 1940 ja doch lediglich »aus Sicherheitsgründen« nach Polen »evakuiert« worden sei.«

Filmabend der VVN-BdA Celle

**Doku erinnert an Völkermord an Sinti und Roma**

»Auf Wiedersehen im Himmel« heißt der eindrucksvolle Film des nächsten Filmabends der VVN-BdA Celle (Konzeption und Regie: Romani Rose & Michael Krausnick, Deutschland 1994, 40 Min.).

Er erzählt die Geschichte von 35 Sinti-Kindern, die nach der Deportation ihrer Eltern zunächst in ein katholisches Waisenhaus in Wulfingen gebracht werden. Dort dürfen sie solange bleiben, bis die »Wissenschaftlerin« Eva Justin ihre »verhaltenspsychologischen Untersuchungen« beendet hat. Nach Abschluß ihrer Studien werden die Kinder im Mai 1944 in das sogenannte Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau deportiert. Nur vier Jugendliche, die vom Lagerarzt Josef Mengele als Zwangsarbeiter für die Rüstungsproduktion bestimmt waren, überleben den Holocaust.

Das Filmprojekt des Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrums Sinti und Roma läßt Überlebende und Zeitzeugen zu Wort kommen, zeigt deren Kindheitsfotos und die im Bundesarchiv entdeckten Originalaufnahmen der Eva Justin.

Nach Auffassung der Regisseure Krausnick und Rose steht das Schicksal der Wulfinger-Kinder symbolhaft für den Völkermord an über 500 000 Sinti und Roma während des Nationalsozialismus.

**Der Film über die Sinti-Kinder von der St. Josefspflege »Auf Wiedersehen im Himmel« wird am 12. November um 20 Uhr, im Kino 8½ in Celle, CD-Kaserne, Hannoversche Str. gezeigt. Der Filmabend wird veranstaltet vom VVN-BdA KV Celle und dem Kino 8½.**

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an [mtb-niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:mtb-niedersachsen@vvn-bda.de).

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

**Mahnmal am Maschsee**

Umgestaltung wurde abgeschlossen



Das Mahnmal am Maschsee nach der Umgestaltung.

Bild: rwk

**Eine wechselvolle Geschichte hat das Mahnmal am Nordufer des Maschsees in Hannover hinter sich. Dort sind mehrere Hundert Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene beige-setzt, die kurz vor der Befreiung Hannovers von der Gestapo ermordet worden waren.**

Seit mehreren Jahren gab es intensive Bemühungen, diesem Ort etwas von seiner Anonymität zu nehmen und seinen Charakter als Beisetzungstätte hervorzuheben. Dazu wurden die Gräberfelder zunächst neu vermessen und im letzten Jahr mit Einfriedungen versehen und gärtnerisch gestaltet.

Wesentlichen Anteil hatten da-

bei Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Heine Schule mit der Geschichts-AG ihres jeweils zehnten Jahrgangs. Die Schülerinnen und Schüler waren auch bei der Gestaltung der jährlichen Gedenkstunde anlässlich des Tages der Befreiung aktiv, die von der IG Metall und der Stadt Hannover ausgerichtet wird. Im letzten Jahr beteiligten sich auch das St. Ursula Gymnasium an dem Projekt. Nach dem die Umgestaltung in diesem Sommer mit Unterstützung der Landeshauptstadt und des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Abschluss gebracht worden war, wurde am Antikriegstag an der Anlage eine Gedenkstunde abgehalten.

rwk

**Protest gegen Abschiebungen in den Kosovo**

(Fortsetzung von Seite 3)

Terminus wurde in den ersten internationalen Abkommen zur Befriedung des Kosovo verankert – kann im Kosovo keine Rede sein, und es gibt keine Anzeichen, dass sich die Lage der Roma in naher Zukunft verbessern wird. Bis heute werden Roma im Kosovo ausgegrenzt und diskriminiert.

Etwa 23 000 der geflüchteten Roma leben heute in Deutschland

– nur mit einer Duldung. Ihnen droht nun die Abschiebung. Man beruft sich auf ein »Rücknahme-Abkommen«, um – so ist zu befürchten – alle geduldeten Roma zu deportieren. Das Abkommen betrifft auch Menschen, die mehr als zehn Jahre in Deutschland leben, darunter Kinder, die hier geboren sind, und die außer Romanes nur deutsch sprechen. VVN-BdA und

**VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen**

Rolandstraße 16, 30161 Hannover

Tel.: (0511) 33 11 36

Fax: (0511) 33 60 221

E-Mail: [niedersachsen@vvn-bda.de](mailto:niedersachsen@vvn-bda.de).

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

**Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung!**

**Spendenkonto:**  
Kontonr. 7510-307  
Postbank Hannover  
BLZ 250 100 30  
Vielen Dank!

**Peiner Bündnis packt mit an Pflege von Friedhöfen und Gedenkstätten**

Auch in diesem Jahr beteiligte sich das »Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz«, das maßgeblich von der VVN-BdA und Peiner Gewerkschaftern getragen wird, am Mitmachtag der Freiwilligen-Agentur im Paritätischen Wohlfahrtsverband Peine. Unter dem Titel »Gedenken pflegen« hieß es: »Wir möchten die Gedenkstätten der Opfer des Faschismus (ehemalige Synagoge, Gräber) pflegen«.

Zehn Teilnehmer trafen sich an der ehemaligen Synagoge, um die Gräber der ehemaligen Zwangsarbeiter auf dem evangelischen und katholischen Friedhof sowie das Ehrenmal im Herzberg von Laub, Gräsern und Unkraut zu säubern.

Dabei stellten die Anwesenden fest, dass keine Tafeln auf die hier bestatteten ehemaligen Zwangsarbeiter hinweisen. Mit dem Kreisheimatbund möchte das Bündnis nun Hinweistafeln aufstellen. Mit der Bitte um Genehmigung hat Dr. Jens Binner vom Kreisheimatbund bereits Kontakt zur evangelischen und katholischen Kirche aufgenommen.

**Peter Baumeister**



»Auschwitz, Angst, Abschiebung«: Grafik von M. Hartung (2008).

Flüchtlingsrat fordern ein sicheres Aufenthaltsrecht: »Keine Abschiebung von Roma in den Kosovo!«



# Erfolge und neue Bedrohungen

## Gräfenbergs Standfestigkeit lohnte sich

»Der braune Spuk ist nur scheinbar vorbei«, überschrieb die Süddeutsche Zeitung Anfang Oktober einen ausführlichen Bericht über die jüngsten Entwicklungen in und um den oberfränkischen Ort Gräfenberg. Hatten doch die Neofaschisten, die Gräfenberg seit rund drei Jahren immer wieder mit ihren Aufmärschen heimsuchten, unlängst öffentlich zum Rückzug geblasen. Dies allerdings verbunden mit massiven persönlichen Drohungen gegen jene, die sich jahrelang erfolgreich um die Organisation des Widerstands gekümmert hatten, der Gräfenberg weit über Franken und Bayern hinaus ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt hatte.

Im Internet verwiesen die Neonazis auf ein angebliches Schreiben von Angehörigen der auf dem Gräfenberger Kriegerdenkmal Genannten. Das Denkmal lieferte NPD und anderen Nazigruppen bekanntlich den Vorwand für ihre Aufmärsche. Der angestrebte Zugang zum Denkmal blieb ihnen dank des bürgerschaftlichen Engagements jahrelang verwehrt. »Es konnte und kann allerdings auch nicht in unserem Interesse liegen«, ließen sie verlauten, »jene Menschen dort zu vergraulen, die grundsätzlich Verständnis für unser Anliegen aufbringen, aber zu schwach sind, sich gegen die Erpressungen der linksextremistischen Gegnerschaft zu wehren.«



Impression von einem der zahlreichen Bürgerfeste, mit denen die Gräfenbergerinnen und Gräfenberger ihre Protestaktionen gegen die Naziaufmärsche in den vergangenen Jahren oftmals begleiteten.

Bild: Nikolaus Fischer

### Nazis bedrohen nun Auswärtige

Der Erfolg des demokratischen Protestes darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die braune Bedrohung für Gräfenberg und Umgebung bestehen bleibt. Das geht aus einer Neonazi-Veröffentlichung hervor: »Der vorläufige mo-

natliche Rückzug aus Gräfenberg bedeutet aber nicht, dass nationale Protestveranstaltungen generell in der Region verschwinden werden. Vielmehr werden wir weiter dort demonstrieren und aktiv präsent sein, wo sich die Kriminalisierung nationaler Menschen und Gedanken fokusartig manifestiert. Dort wo jene Protagonisten wohnen, die eine ganze Region durch auswärtige und gewaltbereite Antifaschisten in Geiselnahme nehmen und die Demonstrations- und Gedankenfreiheit in diesem Lande Stück für Stück niederringen.«

»Wer die Erklärung der Rechtsextremisten liest«, so die SZ, »der ahnt, wie wenig sie damit gerechnet haben, in Gräfenberg den Kürzeren zu ziehen. (...) Für die Bürger von Gräfenberg hat sich die Standfestigkeit also offenbar gelohnt.«

Der Sprecher des Bürgerforums, Michael Helmbrecht, auf dessen Wohnort in der Nazi-Verlautbarung ausdrücklich hingewiesen wird, merkt als Betroffener allerdings auch an: »Diese Entwicklungen sind aus meiner Sicht kein

Grund zum Feiern. Der Nazi-Terror wird weitergehen – nur die Vorzeichen haben sich verändert. Dass das Kriegerdenkmal ein austauschbares Thema ist, zeigt sich auf Neue. Einige Leute haben Strafanzeige wegen Bedrohung gestellt, nachdem die Gangart verschärft werden soll. Auch die Polizei recherchiert und man kann nur hoffen, dass es die Nazis sind, die demnächst »Hausbesuch« bekommen – von der Polizei nämlich.«

E.A.

### Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

#### November:

Anni Schwalme, Neustadt b. Coburg, 97 Jahre; Wolfgang Kummer, München, 82 Jahre; Alois Stöckl, Unterpfaundorf, 80 Jahre; Inge Barck, München, 75 Jahre; Theo Tschiesner, München, 70 Jahre; Marie Luise Gewinnus, Augsburg, 65 Jahre; Wolfgang Berndt, Sulzbach-Rosenberg, 60 Jahre; Franz Egeter, Augsburg, 60 Jahre.

#### Dezember:

Adam Renner, Bamberg, 89 Jahre; Irmgard Göhring, Birgland, 88 Jahre; Franz Prockl, München, 87 Jahre; Bruno Köhler, Schweinfurt, 84 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 83 Jahre; Emilie Vogt, Regensburg, 81 Jahre; Marie Luise Bertram, Augsburg, 80 Jahre; Irmgard Lössl, München, 65 Jahre; Werner Engelhardt, Ehekirchen, 60 Jahre; Eusebius Kögel, Niedertaufkirchen, 60 Jahre; Wolfgang Manske, Schwaig, 60 Jahre; Peter Zeis, Bamberg, 60 Jahre.

## Die Gräfenberger Menschenrechts- und Demokratieerklärung

»Wir wenden uns entschieden gegen alle Formen des Rechtsextremismus in der Stadt Gräfenberg, im Landkreis Forchheim und darüber hinaus. Wir verurteilen jene Formen politischen Denkens und Handelns, die Mitbürgerinnen und Mitbürger aufgrund ihrer Abstammung, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts oder ihrer religiösen Orientierung zu Bürgern zweiter

Klasse erklären.

Wir treten entschieden ein für die Respektierung der Menschenrechte und den Schutz der demokratischen Grundprinzipien.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unserem Land friedlich und in wechselseitigem Respekt voneinander zusammenleben können.«

# Nazi-Aufmarsch wurde gestoppt

**Ernst Grube in Regensburg: Wir haben ein Recht auf Widerstand**

Der große Protest am 3. Oktober begann auf dem Regensburger Neupfarrplatz: »Rund 7000 Menschen haben dort der NPD eine deutliche Absage erteilt«, schreibt danach die Internet-Zeitung »regensburg-digital.de« in einer Sonderausgabe, »darunter die versammelte Rathaus-Prominenz«. Die Stadt sei an diesem Tag »ein Stück lebenswerter« geworden, denn: »Am Nachmittag wurde der Nazi-Aufmarsch durch die Altstadt von an die 2000 Menschen so lange blockiert, bis er vorzeitig beendet werden musste. Die rund 100 Nazis konnten keinen ihrer Kundgebungsplätze erreichen.«



Mit einer Sitzblockade den Nazi-Aufmarsch erfolgreich ausgebremsst: Regensburger Bürgerinnen und Bürger. Bilder: regensburg-digital

Ernst Grube, KZ-Überlebender und Landessprecher der VVN-BdA Bayern sprach bei der Auftaktkundgebung am Donauarkt. »Wenn die NPD bei den vergangenen Landtags- und Bundestagswahlen, nicht die gewünschten Ergebnisse erreicht hat, so liegt es vor allem am aktiven Handeln von Kommunalverantwortlichen und Bürgerinitiativen am Ort. Doch die NPD baut ihre Strukturen aus und wird die Freien Nationalisten und

antisemitische Politik mit Hilfe unserer Steuergelder praktizieren – auch mit Gewalt.

Als meine Verwandten, meine Onkel, Tanten und meine Cousins, als meine jüdischen Freunde, als wir abgeholt wurden, gab es niemanden mehr, der uns geholfen hätte. Es gab keine Kraft, die unsere Deportation verhindert hat. Und viele haben zugeschaut und geschwiegen als zuvor die Kommunisten, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter aus ihren Wohnungen gezerrt und in die Konzentrationslager verschleppt wurden.

Heute haben wir eine andere gesellschaftliche Situation, um dem Vordringen des Neonazismus zu begegnen. Wir leben in einer Demokratie. Unsere Verfassung fordert uns zum Handeln auf. Dort heißt es im Artikel 20 Absatz 4: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Konkret heißt das, und das sage ich als jemand, der nur mit viel Glück und einem unbeugsamen Vater, der dem Druck der Nazis widerstanden hat, den Holocaust überlebt hat: Solange Neonazis auftreten können wann und wo sie

wollen, so lange Naziparteien wie die NPD oder die DVU nicht verboten werden, müssen wir uns wehren. Bei einer Kundgebung vor drei Jahren wurde von Schülerinnen des Albrecht-Altendorfer-Gymnasiums, die die Schule ohne Rassismus initiiert haben, ein Transparent getragen, das an den Oberbürgermeister der Stadt Regensburg und an den Stadtrat gerichtet war. Es lautete: Nicht nur gegen Rechtsaußen sein – sondern auch handeln!«

Dem Appell zum Handeln folgten schließlich viele Menschen aus unterschiedlichen Generationen, politischen und weltanschaulichen Richtungen gemeinsam und erfolgreich. Sie blockieren einen Teil der Altstadt. Dazu »regensburg-digital«: »Der Nazi-Tross kann weder den geplanten Neupfarrplatz, noch das Don-Juan-Denkmal am Alten Rathaus erreichen. (...) Regensburg hat mit seinen engagierten Bürgern am 3. Oktober, am Tag der Einheit, das richtige Zeichen gesetzt. Sie haben das Erreichen des Demonstrationszieles durch die Versperrung der Zugänge verhindert. Die Einsatzkräfte der Polizei haben, bis auf wenige unschöne und völlig überflüssige Übergriffe auf minderjährige Gegendemonstranten, hervorragende Arbeit geleistet: Sie haben für Deeskalation gesorgt, der Presse ihre Arbeit erleichtert und sich nicht instru-

## Verfassungsschutz diffamiert weiter VVN-BdA Weiter gegen Diskriminierung

Als Petition an den Bayerischen Landtag formuliert hatten Anni-Ta Reim und Erika Kaim – beide Töchter von Verfolgten des Nazi-regimes und keine Mitglieder der VVN-BdA – die Forderung, endlich die diskriminierende Beobachtung der VVN durch den Verfassungsschutz einzustellen. Ihr Anliegen, das von der Landtagsabgeordneten der Grünen, Christine Stahl, dem Parlament übermittelt worden war, wurde unlängst im »Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz« des Landtags in einer öffentlichen Sitzung erörtert.

Zwar wurde das Anliegen dort mehrheitlich abgelehnt; das Thema wird Parlament und Öffentlichkeit aber sicherlich weiter beschäftigen. In der Sitzung, an der auch die Antragsstellerinnen teilnahmen und Gelegenheit hatten, ihre Eingabe zu begründen, ließen vor allem die Beiträge der grünen und sozialdemokratischen Ausschussmitglieder keinen Zweifel daran, dass es an der Zeit ist, der Diffamierung der VVN-BdA in Bayern endlich ein Ende zu machen.

Vor der Sitzung war den Abgeordneten im Ausschuss außerdem eine ausführliche Stellungnahme der VVN-BdA Bayern zugegangen. In dieser heißt es unter anderem: »Im Bayerischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr  
**(Fortsetzung auf Seite 7)**



Ernst Grube bei der Auftaktkundgebung.

die verschiedenen Kameradschaften weiter unterstützen. Bezahlt wird dies zum Teil durch Wahlkampfkostenerstattung, die weit über eine Million Euro betragen. Durch die örtlichen Erfolge der NPD und deren Tarngruppen bei den Kommunalwahlen, werden Naziparteien ihren Einfluss ausbauen. Und solange sie nicht verboten sind, werden sie ihre menschenfeindliche, rassistische und

### Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

mentieren lassen. Denn eines darf nicht übersehen werden: Das staatliche Gewaltmonopol ist dazu da, um das Staatswesen zu schützen und nicht, um gegen Menschen vorzugehen, die für dessen Schutz auf die Straße gehen.«



# Von Sachsenhausen aus

## Auf den Spuren des Todesmarsches nach Below

**Am 12. September, Tag der Begegnung und Mahnung, führen Berliner Kameraden der VVN-BdA zur KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Der Leipziger Dr. Dieter Chitralla war dabei. Mit den Berlinern und dem Arbeitskreis »Marginalisierte« der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen besuchte er auch die Wälder von Below.**

Jan, ein junger Historiker, erläuterte uns zunächst die Geschichte und Funktion des damaligen KZ Sachsenhausen vor den Toren Berlins. Dies war nicht nur ein Muster-KZ, sondern diente den Nazis auch zur Internierung »missliebiger Personen«, wie zum Beispiel neben Sinti und Roma auch so genannte »Asoziale«. Unter diesem Nazi-Terminus wurden Obdachlose, Landstreicher, Bettler, Prostituierte usw. im Vorfeld und während der Olympischen Spiele im Sommer 1936 einfach in dieses KZ »weggesteckt«, um in Berlin eine heile und »saubere« Stadt der Weltöffentlichkeit zu präsentieren.

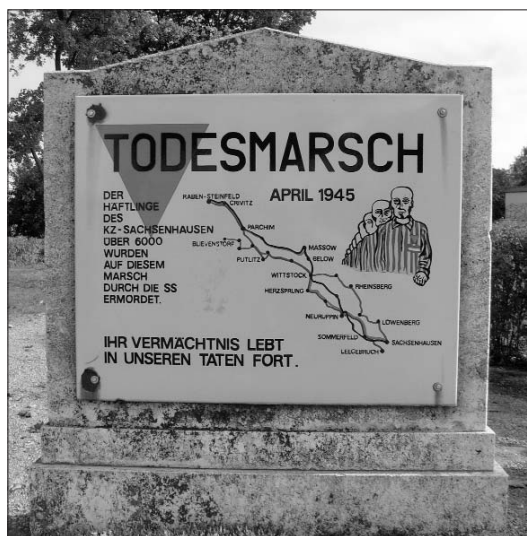
Mit Jan hatten wir einen sehr kompetenten Begleiter in der Gedenkstätte Sachsenhausen, der uns

auf alle Fragen seine persönliche Antwort gab. Mir gefiel besonders seine Position, bei Führungen für Jugendliche den Schwerpunkt weniger auf die »Schüttung von vielen Fakten«, sondern auf die Vermittlung von Emotionen zu legen.

Die Zeit, alles ausführlich zu beleuchten, war jedoch nicht gegeben, da wir uns am Nachmittag per Bus noch auf die Spuren des Todesmarsches von KZ-Häftlingen im April 1945 bis in die Wälder von Below im heutigen Land Mecklenburg-Vorpommern begaben.

Leider war die dortige Gedenkstätte aufgrund von Bauarbeiten geschlossen. Das Ehrenmal und die vielen Schilder im Wald zur Erläuterung von fast 65 Jahre alten, zum Teil kaum lesbaren Inschriften der damaligen Häftlinge auf Baumrinden vermittelten uns dennoch einen Eindruck davon, welche Gefühle die Menschen mit ihrem Schicksal bewegten.

Auf der Rückfahrt nach Berlin gaben mir die Berliner Kameraden die Gelegenheit, über die Arbeit des BdA Leipzig und speziell über den diesjährigen 10. Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Todesmärsche der ehemaligen Häft-



Wegzeichen des Todesmarsches in Oranienburg.

Bild: Chitralla

linge der KZ-Außenlager im Raum Leipzig zu berichten. Dieser Marsch, der traditionell am 1. Sonntag im Mai von Leipzig über Borsdorf bis zum Wurzener Friedhof führt, wird auch im Jahr 2010 seine Fortsetzung finden.

Die Veranstalter des Gedenkmarsches vom Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) in Wurzzen sowie der Leipziger Gruppe vom Friedenszentrum und von der VVN-BdA hoffen wiederum auf

eine breite Teilnahme der Bevölkerung. Die Berliner Kameraden wurden in diesem Zusammenhang zur Teilnahme recht herzlich eingeladen.

Redaktion: Peter Giersich  
Tel. und Fax: (037 44) 80883  
Zuschriften bitte an  
VVN-BdA Sachsen  
Wettiner Platz 10  
01067 Dresden  
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de

### (Fortsetzung von Seite 6)

2008, im Schreiben des Innenstaatssekretärs Dr. Weiß vom 3.6.2009 an die Präsidentin des Bayerischen Landtags, im Schreiben des Bayerischen Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, vom 6.7.2009 an das Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus und im Schreiben des Ministerialdirigenten im Bayerischen Innenministerium, Dr. Remmele, vom 18.3.2009 an die VVN-BdA Bayern wird wiederum die VVN-BdA als »linksextremistisch

beeinflusste Organisation« bezeichnet und deren Erwähnung im Bayerischen Verfassungsschutzbericht gerechtfertigt. Diese Einschätzung ist eine Diffamierung der VVN-BdA und missachtet völlig Ziele und Wirken der VVN-BdA.

Es ist ein Skandal, dass in Bayern nach wie vor eine Organisation, in der sich Menschen für Demokratie und Frieden engagieren, derart diskriminiert wird. Die Etikettierung der VVN als »linksextremistisch« ist vor allem auch eine persönliche Diffamierung der älteren Mitglieder der VVN, die unter dem Naziterror in Konzentrationslagern leiden mussten: Diejenigen, die sich damals den Nazis entgegenstellten und noch heute in hohem Alter die Jugend aufklären möchten, werden letztlich als »Extremisten« auf die gleiche Stufe wie die Neonazis gestellt. (...)

So wird der VVN wahrheitswid-

rig unterstellt, sie orientiere sich an der »kommunistischen Dimitroff-Theorie«, wonach die »Ursache für Faschismus zwangsläufig im Kapitalismus und in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu suchen« (Schreiben des Staatssekretärs Weiß) sei. Abgesehen von der recht vereinfachten Beschreibung dieser Theorie: Die VVN-BdA hat immer Wert darauf gelegt, keine bestimmte Auffassung über Ursachen von Faschismus und Nationalsozialismus zu vertreten oder verbindlich vorzuschreiben. (...)

Aufgrund dieses Selbstverständnisses gibt es in der VVN deshalb bis heute ein breites Spektrum an Anschauungen über Ursachen des Faschismus, darunter eben auch die Auffassung von einem engen Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus. Im Übrigen bleibt völlig unverständ-

lich, wieso letztere Deutung des Faschismus verfassungsfeindlich sein soll; auch erste Erklärungen der CSU im Nachkriegsbayern oder auch manche Bestimmungen der Bayerischen Verfassung haben in diesem Verständnis ihre Wurzeln. Verwiesen sei hier nur auf den Bericht des NS-Verfolgten Alois Schlögl, CSU, im vorbereitenden Verfassungsausschuss zum Kapitel Wirtschaft am 13.9.1946, wo er u.a. ausführte: »In den zwölf Jahren feierte der Privatkapitalismus wahre Triumphe. Er kam durch Kapitalisten im wahrsten Sinne des Wortes zur Macht«. Ist es verfassungsfeindlich, wenn neben vielen anderen Auffassungen in der VVN heute auch solche Positionen vertreten werden?»

Die Erklärung der VVN-BdA ist nachzulesen unter <http://bayern.vvn-bda.de>.

Redaktion: Ernst Antoni  
VVN-BdA Bayern  
Frauenlobstr. 24, 80337 München  
Tel.: (089) 531786  
Fax: (089) 5389464  
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

# Angstraum Vogtland

## Angriffe von Neonazis alltäglich

**Wie in kaum einer anderen Region, haben es Neonazis geschafft, im thüringisch-sächsischen Vogtland den Alltag mit zu prägen.**

Eigentlich wollen Stefan und seine zwei Freunde an einem heißen Tag im Mai dieses Jahres im sächsischen Netzschkau nur ein Eis essen gehen, als sie bemerken, dass sie von zwei Neonazis beobachtet und später auch verfolgt werden. Sorgen machen sie sich nicht, es ist Nachmittag und die Straße voller Menschen. Doch kaum sitzen sie in ihrem Auto, reißen die zwei Verfolger eine hintere Tür auf. Sie versuchen Stefans Freund aus dem Auto ziehen und boxen und treten in das Innere des Wagens. Als einer der Angreifer kurz pausiert, schließt Stefan schnell die Tür. Die drei Freunde kommen davon.

Für Stefan und seine Begleiter ist das Ganze keine »große Sache«, Anzeige erstatten sie nicht. Man ist im thüringisch-sächsischen Vogtland, besonders in der Region zwischen Greiz und Plauen, anderes gewohnt. Bedrohungen, Pöbeleien und Gewalt gehören zum Alltag, so auch für Martin, der seinen richtigen Namen lieber nicht nennen möchte. Er gehört zu den wenigen, die sich hier aktiv gegen Neonazis engagieren, daher rückte er in den Fokus rechtsextremer Gewalttäter. »Mein Auto wurde schon mehrfach beschädigt«, sagt Martin und berichtet weiter von verbalen Bedrohungen und Schmierereien im Stadtbild, die sich gegen ihn persönlich richten.

### »No Go Areas« in Greiz

Exemplarisch für diese Gegend ist die »Perle des Vogtlandes«, die Kleinstadt Greiz, mit ihren rund 22 000 Einwohnern. Hier wird das Problem mit Rechtsextremisten einfach totgeschwiegen, schließlich lebt die Stadt vom Tourismus. Ein öffentlicher Umgang mit dem Thema ist unerwünscht, dies spiegelt sich auch am Umgang mit menschenverachtender Gewalt wieder. Dort wo noch vor einiger Zeit die örtliche Flüchtlingsunter-

kunft stand, ist heute nur noch eine Brachfläche zu sehen. Kein Schild, keine Tafel, nichts weist auf den hier geschehenen Brandanschlag im Jahr 2003 hin.

Neonazis dominieren vielfach das Stadtbild. Cafés und Parkanlagen werden spätestens ab den frühen Abendstunden zu »No Go Areas« für Andersdenkende. Rechts-extreme Parolen der »Autonomen Nationalisten Greiz« und unzählige Aufkleber, die einen »Nationalen Sozialismus« propagieren, wechseln sich im Stadtbild ab. An einem von Neonazis betriebenen Imbiss in der Greizer Innenstadt treffen sich einige Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht für Kontrollen, vielmehr führen sie lockere Gespräche mit den der NPD nahestehenden Inhabern und essen Bratwurst. Den demokratischen Widerstand sollte eigentlich das örtliche Bündnis gegen die Neonazis, bestehend aus Parteien und vereinzelt zivilgesellschaftlichen Akteuren, organisieren. Das Problem: Es tagt intransparent hinter verschlossenen Türen. Doch zumindest die offiziellen Vertreter der Stadt können in Zukunft nicht mehr Augen und Ohren verschließen, denn die NPD hat bei den Kommunalwahlen im Juni einen Sitz im Stadtrat und zwei im Kreistag errungen.

Wenige Kilometer von Greiz, in Schönbach, befindet sich die ehemalige Gaststätte »Drei-Mädel-Haus«, seit einiger Zeit ist sie im Besitz lokaler Neonazigrößen. Dort fanden in den vergangenen Monaten Vortragsveranstaltungen und Rechtsrock-Konzerte statt. Schönbach liegt zwar noch in Thüringen, grenzt aber im Norden, Osten und Süden an Sachsen. Die rechtsextreme Szene agiert Bundesland übergreifend, während Behörden zum großen Teil an der jeweiligen Grenze ihr Engagement beenden. Ein Umstand, den Personen wie Thomas Meisser, Kreisvorsitzender der Greizer NPD, auszunutzen wissen. Er betreibt im sächsischen Netzschkau seit 16. Mai dieses Jahres den Szeneladen »Nordlicht«, eine der Hauptanlaufstellen der lokalen Szene. Und auch das jährlich stattfindende

»Rudolf-Heß-Gedenktour« wird von sächsischen und thüringischen Kameraden Hand in Hand organisiert, zuletzt am zweiten August Wochenende mit rund 50 Neonazis.

### Drohungen aus dem Umfeld einer »RAF«

In den letzten Jahren waren im Vogtland vor allem Gruppierungen mit Namen wie »Braune Teufel« oder »Alcoholocaust« aktiv. Aus diesem Umfeld stammt auch die seit 2001 bestehende Rechtsrock-Band »Haftbefehl«, die erst vor wenigen Wochen ein neues Album veröffentlichte. In ihren Liedtexten beschwören sie den Nationalsozialismus, wenn es heißt: »Den Kampf auf die Straßen tragen, hier und jetzt sofort. Nationaler Sozialismus gehört an jeden Ort.«

Die bundesweit bekannte Musikgruppe »Haftbefehl« hatte ihren Proberaum eine Zeit lang in der Kleinstadt Reichenbach. In keiner anderen Gemeinde der Region wurden zwischen 2001 und 2008 so viele Brandanschläge verübt. Zu den Anschlagzielen der lokalen Neonaziszene gehörten ein Asylbewerberheim (2001), das Wohnhaus einer Familie (2007) und eine Pizzeria (2008). Zu den aktivsten Gruppen zählt die »Rechte Aktionsfront Reichenbach«, die sich selbst kurz »RAF« nennt und ein Zusammenschluss von »Freien Nationalen Sozialisten« ist. Sie sollen auch für Drohungen gegen Journalisten verantwortlich sein. Zum Internetangebot der »RAF« gehört ein »Netzwerk Nationaler Sozialisten«, in dem sich Neonazis austauschen und Bilder hochladen können. Derzeit wird das »Netzwerk« von rund 160 Personen genutzt.

Die Mitglieder der vogtländischen Neonazi-Szene kommen aus allen Schichten der Gesellschaft. Dazu gehören nicht nur Kinder und Jugendliche, die auf Schulhöfen Propagandavideos und Musik tauschen, sondern auch Engagierte aus Fußballvereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr. Nur durch ein entschlossenes Vorgehen der Behörden und durch den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen werden Erfolge gegen sie erzielt werden können.

**Maik Baumgärtner**

## Gedenktage für verfolgte Homosexuelle

Die »Initiative Gedenken in Harburg«, an der auch Mitglieder der VVN-BdA mitwirken, veranstaltet jedes Jahr im November Gedenkwochen für bestimmte Opfergruppen des deutschen Faschismus. In diesem Jahr geht es um die verfolgten Lesben und Schwulen. **hjm**

## »Homosexuellen-Verfolgung in Hamburg 1919 - 1969«

### Ausstellung

vom **5. bis zum 19. November im Harburger Rathaus**  
Mo-Do 8-17 Uhr, Fr 8-15 Uhr

### Begleitprogramm

#### Eröffnung

Do, 5. November, 18 Uhr, im Harburger Rathaus, großer Sitzungssaal, mit Ulf Bollmann, einem der Initiatoren der Ausstellung.

#### Stadtrundgang zum Thema

Sa, 7. November, 11 Uhr, vor dem Harburger Rathaus.

#### Gang vom jüdischen Friedhof zur Gedenkstätte der Harburger Synagoge

Di, 10. November, 17 Uhr.

#### »Wir hatten ein großes A am Bein«

#### Dokumentarfilm 1990

Schwule Zeitzeugen berichten über Haft und Zwangsarbeit.

Do, 19. November, 19 Uhr, Gemeindezentrum St. Trinitatis, Bremer Str. 9.

Redaktion: H.-J. Meyer  
**Nächster Redaktionsschluss ist Samstag, der 12. Dezember.**  
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA  
Landesvereinigung Hamburg  
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,  
Tel.: (040) 314254  
E-Mail: wn-bda.hh@t-online.de



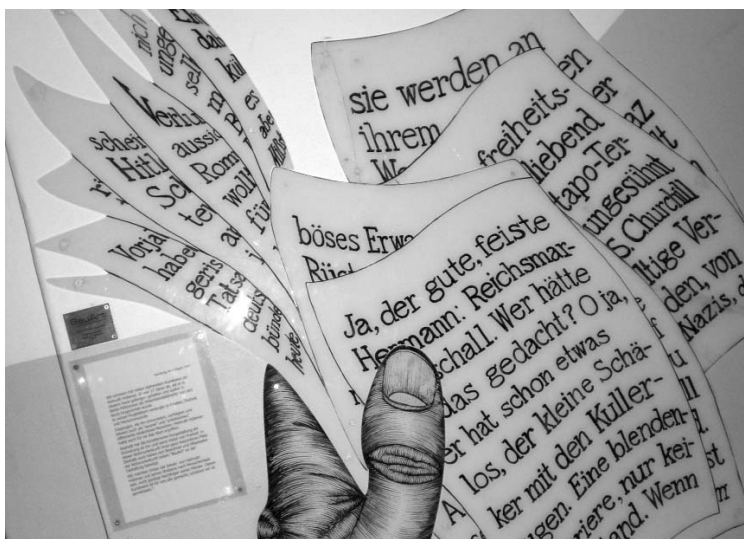
# Ehrungen für Helmuth Hübener

Neue Ausstellung wird eröffnet

**Vielfach unbekannt ist das Kunstwerk »Flugblätter« im Hübener-Haus (Treppenhaus) in den Hütten. In diesem heutigen Männerwohnheim war die Widerstandsgruppe um den Jugendlichen Helmuth Hübener 1942 inhaftiert. Ein weitere Ehrung für die Jugendlichen steht bevor.**

Eine Helmuth-Hübener-Ausstellung wird am 25. November um 13 Uhr im ZAF in Hamburg eröffnet. Die Ausstellung ist von der Ausbildungsstätte für Verwaltungslehrlinge (Helmuth Hübener war ein Verwaltungslehrling) in der Schwenckestr. in den Normannenweg 26 in Hamburg Hammerbrook umgezogen. Erweitert und umgestaltet, wird sie nun dort im Zentrum für Aus- und Fortbildung ZAF eröffnet. Frau Senatorin Professor Dr. Karin von Welck wird sprechen.

In der Einladung heißt es: 1941 begann Helmuth Hübener nach Abschluss der Mittelschule eine Ausbildung als Verwaltungslehrling in der Hamburger Sozialbehörde. Hübener begann im Sommer 1941 selbständig mit dem Abhören der BBC. Er nutzte das Gehörte zur Formulierung und Vervielfäl-



Wandgemälde mit Flugblatt-Text von Hübener im Haus Hütten. Bild: trasa

tigung antifaschistischer Texte und Flugblätter gegen den Krieg. Im Herbst 1941 bezog er zwei Freunde und später einen Arbeitskollegen in das Abhören des Auslandssenders und in die Verbreitung von rund 60 verschiedenen Flugschriften ein. Anfang Februar 1942 wurde Helmuth Hübener am Arbeitsplatz im Hamburger Bieberhaus verhaftet. Hübener war mit 17 Jahren der jüngste Widerstandskämpfer, an dem ein Todesurteil des Berliner Volksgerichts-

hofes vollzogen wurde.

Die tragische Geschichte erfährt aktuell wieder eine größere Beachtung. Unter der Regie von Matt Whitaker wurden bereits Ende letzten Jahres die Hauptszenen von »Truth & Treason« (der Film basiert auf dem Leben Helmuth Hübeners) gedreht, der in diesem Jahr in den USA abgeschlossen wird.

**Wer eingeladen werden möchte, mailen an: [petra.lotzkat@zaf.hamburg.de](mailto:petra.lotzkat@zaf.hamburg.de).**

NPD unter »fernen liefern«

## Kein Wahlerfolg mit Provokationen

Bei der Bundestagswahl am 27. September erhielt die NPD in Hamburg nur 0,9 Prozent der Zweitstimmen, die DVU 0,1 Prozent. Das liegt weit unter dem, was erwartet wurde. Sogar die neue Piraten-Partei erzielte mit 2,6 Prozent mehr Stimmen. Das äußerst aggressive Auftreten der Truppe um den jüngst verstorbenen Nazi-Anwalt Jürgen Rieger, über das in Teilen der der Lokalpresse breit berichtet wurde, hat wohl viele potenzielle Wählerinnen und Wähler abgeschreckt.

Von den Infotischen der NPD wurden Menschen, die ausländisch aussahen, tötlich angegriffen. Dank der erfolgreichen Aktion »Brauner Sack« musste die NPD ihre Stände vielfach vorzeitig abbrechen. Auffällig ist, dass sich das Wahlverhalten in den Problemwohngebieten mit hoher Arbeitslosigkeit völlig geändert hat. Dort bekam die rechtspopulistische Schill-Partei bei früheren Bürgerschaftswahlen bis zu 40 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl schnitt hier die Partei DieLinke überdurchschnittlich gut ab. Das deckt sich mit Wahlanalysen, wonach DieLinke bei den Arbeitslosen bundesweit zur stärksten Partei geworden ist. **hjm**

# Gegen Isolation und Entrechtung

Infomobil für Flüchtlinge nimmt die Arbeit auf

**Ende September haben ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Café Exil, des Flüchtlingsrats Hamburg und Einzelpersonen ein neues Projekt zur Beratung und Begleitung von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten gestartet.**

Mit einem Infobus ging es direkt von der Außenstelle der Hamburger Ausländerbehörde, die in direkter Nähe des Hamburger Flughafens in einem Büro- und Industriegebiet in der Sportallee 70 liegt, los. Dort wurde im Zeitraum 2006-2008 die neue Abteilung E33 der Hamburger Ausländerbehörde gegründet, in der die zentrale Erst-

aufnahme (ZEA) und die Abteilung für den Vollzug von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Verbringungen - einschließlich Haft - zusammengefasst sind.

Zum Start des Beratungsprojekts, das von Organisationen wie u.a. der Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten, amnesty international sowie der VVN-BdA unterstützt wird, fanden in der Sportallee 70 eine Kundgebung und ein Fest statt, an dem sowohl UnterstützerInnen als auch Flüchtlinge und MigrantInnen aus der zentralen Erstaufnahme teilnahmen. So konnten erste Kontakte geknüpft und das Beratungsprojekt bei den dort lebenden Menschen bekannt gemacht werden.

Zur Zeit findet die Beratung einmal pro Woche, jeweils Dienstag, 8 bis 14 Uhr, statt. Menschen, die um Unterstützung anfragen, werden von den MitarbeiterInnen des Infomobils beraten und in die Ausländerbehörde begleitet. Wie sich jetzt schon abzeichnet, wird diese Unterstützung von den Mitarbeitern der Ausländerbehörde nicht gerne gesehen. Es kam bereits zu ersten Behinderungen der Unterstützungsarbeit wie abgeschlossene Zugänge zu Warteräumen, unfreundliches und abweisendes Verhalten, ein erstes Hausverbot.

Durch die Einrichtung der unabhängigen mobilen Anlaufstelle soll erreicht werden, dass gerade auch neu ankommende Flüchtlinge und

Migranten über ihre Rechte und das vor ihnen liegende Asylverfahren informiert werden und eine unabhängige Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte erhalten. Ihre Isolation soll durchbrochen werden. Diese Isolation ist durch die Lage der ZEA in der Sportallee und der Außenstelle in Nostorf/Horst (Mecklenburg-Vorpommern) – dort werden sie zu meist nach einen kurzen Aufenthalt in der Sportallee für drei Monate untergebracht - vorprogrammiert. Durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll Transparenz in die zum Teil rechtswidrigen Vorgänge und rassistischen Umgangsweisen in der Ausländerbehörde gebracht werden.

# Traute Lafrenz-Page und Elsa Werner geehrt

*Jüdische Gemeinde verlieh Herbert-Weichmann-Medaille*

**Die Jüdische Gemeinde in Hamburg hat am 13. September vor geladenen Gästen im Gebäude der Talmud-Tora-Schule zwei Frauen mit der Herbert-Weichmann-Medaille ausgezeichnet: Traute Lafrenz-Page und Elsa Werner.**

Traute Lafrenz, 1919 in Hamburg geboren, gehörte ab 1936 zum oppositionellen Kreis um Erna Stahl, Lehrerin an der Lichtwark-Schule. Dann studierte sie in München Medizin und beteiligte sich dort am Widerstand der „Weißen Rose“. Den Kontakt nach Hamburg erhielt sie aber aufrecht. Sie schmuggelte aus München Flugblätter der »Weißen Rose« nach Hamburg und Wien, wo sie vielfältig und verbreitet wurden. Ende März 1944 wurde sie von der Gestapo festgenommen. Mit anderen Frauen der »Weißen Rose« kam sie zur Untersuchungshaft nach Cottbus. Weil sich die Sowjetarmee näherte, mussten die Frauen am 10. Februar 1945 wieder auf Transport und wurden schließlich am 14. April in Bayreuth von amerikanischen Truppen befreit.

Traute Lafrenz blieb nicht in Deutschland, wanderte in die USA

aus und wurde Ärztin in Chicago. Heute lebt sie in South Carolina, und sie war von dort eigens für die Auszeichnung nach Hamburg angereist. In ihrer Dankesrede, die sie trotz ihrer 90 Jahre beeindruckend vorbrachte, sprach sie nicht von sich, sondern von ihren ermordeten Freunden der »Weißen Rose« und aus Hamburg.

Auch Elsa Werner, Jahrgang 1911, stammt aus Hamburg. Sie war Kommunistin. Nach 1933 ging sie in den Untergrund und in den Widerstand. Sie wurde festgenommen, kam aber bald wieder frei, weil sie und ihre Mitstreiter dichterhielten. Aus dieser Zeit erzählte die passionierte Kettenraucherin Elsa eine auch auf dieser Ehrung vorgetragene Anekdote: Während des Verhörs bot ihr der Gestapo-Mann eine Zigarette an. Elsa nutzte die Zigarettenpause, um zu überlegen, wie sie ihren Kopf aus der Schlinge ziehen konnte, und hatte Erfolg. »Wie hätte ich da je mit dem Rauchen aufgehört können?«

Elsa lernte dann einen Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit kennen und lieben. Während der »Polen-Aktion« 1938 wurden alle Juden mit polnischem Pass, auch Elsas Freund, nach Neu-

Bentschen deportiert, dem deutschen Grenzbahnhof an der Bahnstrecke Berlin – Warschau. Von dort wurden sie über die Grenze auf polnisches Territorium getrieben. Elsa Werner fuhr ihm nach Polen hinterher, sie heirateten dort. Während des Krieges wurde ihr Mann Opfer der Shoah, sie selbst wurde nach Theresienstadt verschleppt, wo sie 1945 befreit wurde.

Nach dem Krieg beteiligte sich Elsa in Hamburg sofort an der Arbeit in der jüdischen Gemeinde und in der VVN-BdA. Ihr besonderer Einsatz galt den Entschädigungen für Verfolgte aller Opfergruppen. Trotz ihres hohen Alters ist sie immer noch in der Jüdischen Gemeinde, im Auschwitz-Komitee und in der VVN-BdA aktiv. Leider konnte sie wegen Krankheit die Medaille nicht selbst entgegennehmen.

Die Medaille erinnert an das wohl prominenteste Mitglied der Hamburger Jüdischen Gemeinde, an Herbert Weichmann, Hamburger Bürgermeister von 1965 bis 1971. Ehrende Worte sprachen u.a. Ruben Herzberg von der Hamburger Jüdischen Gemeinde und Cornelia Kerth von der VVN-BdA.

**Hans-Joachim Meyer**

Am Kinderkrankenhaus  
Rothenburgsort

## 33 Stolpersteine für ermordete Kinder

**Die Morde an behinderten Kindern gehören zu den dunkelsten Kapiteln der Nazidiktatur. Eine Stätte des Grauens war das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort. Von 1941 an wurden hier in einer »Kinderfachabteilung« mindestens 55 behinderte Kinder umgebracht.**

Keine der verantwortlichen Ärztinnen wurde nach 1945 verantwortlich gemacht. Die Morde waren Teil der Aktion zur »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, die 1939 in Berlin beschlossen wurde. Die Stadtteilinitiative Hamm hatte jetzt 33 Namen ermordeter Kinder ermittelt. Für sie verlegte Gunter Demnig am 9. Oktober Stolpersteine vor dem Gebäude des ehemaligen Krankenhauses Marckmannstraße 129 (jetzt Institut für Hygiene und Umwelt). Einen weiteren Stein bekam der jüdische Arzt Dr. Carl Stamm. Er hatte das Krankenhaus geleitet und wurde 1933 durch einen SS-Obersturmbannführer ersetzt. Vor seiner Deportation nahm er sich das Leben. Bei der Einweihung waren Bischöfin Maria Jepsen und Gesundheitsminister Dietrich Wersich zugegen. Frau Jepsen erinnerte daran, dass heute immer noch Fremde, Homosexuelle und Behinderte vielfach diskriminiert würden.

**hjm**

### Filme – Veranstaltungen – Kaffeeklatsch: VVN-Termine in Herbst und Winter

**Montag, 9. November**

»Nichts und niemand ist vergessen« Mahnwache zum 71. Jahrestag der Reichspogromnacht

Es sprechen u.a. Esther Bauer, Zeitzugin, Ruben Herzberg, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde HH und Agnes Schreieder, stellv. Landesbezirksleiterin der Gewerkschaft ver.di HH. Abschluss: Kantor Arieh Gelber, »El Male Rachamin«, jüdisches Gedenkgebet. Veranstalter: VVN-BdA HH, Jüdische Gemeinde HH, Universität HH.

15.30 bis ca. 17.00 Uhr, Joseph-Carlebach-Platz (Grindelhof)

**Samstag, 28. November**  
**Feierliche Info-Veranstaltung über das Zwangsarbeiterlager in der Lederstr. zur Einweihung der Gedenktafel im Stellinger Bf.**

Das Lager in der Lederstraße war mit bis zu 2000 ZwangsarbeiterInnen eines der größten in HH. Es sprechen Conny Kerth, Vorsitzende der VVN BdA, Anke Schulz von der Luruper Geschichtswerkstatt u.a.m. 20 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Ei-

delstedter Bürgerhaus e.V., Alte Elbgaustr.

**Sonntag, 29. November**

**Antifa-Filmreihe:**

»Deutschland gegen Deutsch« Im November 1964 wird der international renommierte jüdische Anwalt Prof. Dr. Hans Deutsch im Bonner Finanzministerium verhaftet. Der Vorwurf: er habe mit gefälschten Zeugenaussagen den deutschen Staat betrügen wollen. Was damals keiner wusste: Hans Deutsch war das Opfer alter Nazi-Seilschaften um Finanzminister Rolf Dahlgren (FDP) geworden. Im Jahr 2003 gelingt es seinem Sohn, einer der größten Verschwörungen der Nachkriegs-

zeit auf die Spur zu kommen... D 2005, Regie: M. Juncker, 17 Uhr, Metropolis im Savoy, Steindamm 52-54

**Donnerstag, 3. Dezember**  
**Gedenkstein für die Widerstandskämpfer am Ortsamt Billstedt**

Gedenkveranstaltung mit Blumenniederlegung. Es sprechen: Reinhard Krogmann, Ortsamt Billstedt und Christiane Chodinski, VVN-BdA 17 Uhr

**Sonntag, 24. Januar 2010**  
**Kaffeeklatsch zum Neuen Jahr** ab 15 Uhr, Landesbüro, Heinhoyer-Straße 41



# Statt Speers Betonklotz

## Gedenkstätte für Opfer des frühen Naziterrors gefordert

**Als Auftakt für den Tag der Mahnung und Erinnerung fand am 13. September 2009 eine Kundgebung vor dem ehemaligen SA-Gefängnis Papestraße am Werner-Voß-Damm in der Nähe des Bahnhofs Südkreuz in Berlin-Tempelhof statt.**

Vertreter der VVN-BdA und des Fördervereins Gedenkstätte Papestraße forderten, dass an diesem authentischen Ort endlich eine Gedenkstätte entsteht. Noch immer ist kaum bekannt, dass sich auf dem Gelände der einstigen Kaserne eine der zentralen Haftstätten des frühen Naziterrors in Berlin befand. Mindestens 2000 Gefangene, mehrheitlich politische Gegner der NS-Bewegung, wurden hier von der SA-Feldpolizei, einer Sonderinheit der militanten Sturmabteilungen, zwischen März und November 1933 inhaftiert.

Die Haftbedingungen waren



Paul Tollmann. Bild: Edith Pfeiffer

fürchterlich, Ernährung und Unterbringung der Inhaftierten katastrophal. Willkürliche Misshandlungen und bestialische Folterungen gehörten zur Tagesordnung. Dabei

wurde auch eine nicht genau bekannte Anzahl Häftlinge ermordet. 20 Todesfälle sind bisher namentlich belegt, vermutlich ist die Zahl der Ermordeten doppelt so groß.

»Ich habe gesehen, wie hier vor meinen Augen zwei Menschen verreckt sind, ein jüdischer Arzt und ein Rechtsanwalt«, sagte Paul Tollmann in seiner bewegenden Rede. Als junger Schöneberger Kommunist war er fünf Tage in den Kellern der Papestraße inhaftiert. Seit mehreren Jahren nimmt der jetzt 94-Jährige an den Führungen der Geschichtswerkstatt teil.

Die nur halbjährlich stattfindenden Führungen sind die einzige Möglichkeit, diesen authentischen Ort aus der Frühzeit des NS-Terrors zu besichtigen. Bereits 1995, als die Haftkeller nach jahrelangen Recherchen der Geschichtswerkstatt – dem heutigen Förderverein Papestraße – durch eine Ausstellung bekannt gemacht wurden, ist die dauerhafte Sicherung und Würdigung dieses Ortes gefordert worden.

Nach Jahren bürokratischen Stillstands plant jetzt der Bezirk Tempelhof-Schöneberg bis 2011 die Errichtung eines Gedenk- und Lernortes in dem Gebäude, finanziert von EU-Fördermitteln, aus dem Bundesgedenkstättenfonds und Lottogeldern. Das könnte ein Grund zur Freude sein, würden dem nicht die negativen Erfahrungen in der Kooperation mit dem Bezirksamt und seinen konzeptionellen Vorstellungen entgegenstehen. Die Redner kritisierten den vom Bezirk angelegten »Geschichtsparcours«. Als Touristenattraktion wurde für eine Million Euro der Betonkoloss von Albert Speer restauriert. Damit wollte Hitlers Stararchitekt die Belastung des märkischen Bodens für einen riesigen Triumphbogen prüfen. Die Würdigung der Opfer des SA-Gefängnis Papestraße und die Aufarbeitung seiner Geschichte verbieten dieses unkritische »Geschichtsmarketing«.

Um unsere Forderung nach einer Gedenkstätte zu bekräftigen, zeigt der Förderverein ab 12. November die Ausstellung zum SA-Gefängnis Papestraße in der Galerie Olga

## Nach falschen Beschuldigungen Freisprüche für Antifaschisten

**Antifaschistisches Engagement hat Konsequenzen und kann für aktive Antifaschisten recht unangenehm werden. Am 21. September 2009 musste sich die 43-jährige Steffi. S., Mitglied der Berliner VVN-BdA, vor dem Amtsgericht Tiergarten wegen des Vorwurfs der schweren Körperverletzung verantworten. Vorausgegangen war eine Ermittlungsposse des Berliner LKA und der Staatsanwaltschaft, denen eine falsche Beschuldigung durch drei Neonazis für eine Strafverfolgung ausreichte.**

Manuela Tönhardt, NPD-Fraktions- und Kreisvorsitzende Berlin-Lichtenberg und Cornelia Berger, »Medienbeauftragte« des Kreisverbandes 5 der NPD, hatten am 7. März nach erfolgreichen Blockaden von NPD-Info-Ständen in Lichtenberg in bester Anti-Antifa-Manier die anwesende Polizei aufgefordert, die Personalien von Steffi. S. aufzunehmen. Steffi. S. hätte sie Monate zuvor auf dem Weg zu einer Veranstaltung des »Rings nationaler Frauen« in Neukölln zusammen mit anderen bedrängt und getreten.

Die völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen standen im Gegensatz zu den ersten Aussagen von Tönhardt und Berger vom September 2008. Das musste auch der Richter einsehen, er sprach Steffi in allen Punkten der Anklage frei. Nicht zu verstehen ist, warum die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen überhaupt eingeleitet hat. Eine Entschuldigung gegenüber Steffi. S. blieb indes aus.

Dass es nicht der Denunziationen von Neonazis bedarf, um unschuldig vor Gericht zu landen, zeigt uns Gerald P. Er hatte am 6. Dezember 2008 mit 1500  
**(Fortsetzung auf Seite 12)**

### Konzert mit Esther Bejarano

### »Für das Leben, nonpd – NPD-Verbot jetzt!«

Dahin gehen, wo es weh tut – unter diesem Motto hatte die Berliner Kampagne »Zusammen gegen die NPD!« und die Berliner VVN-BdA am 26. September zu einer Konzertkundgebung mit Esther Bejarano, eine der wenigen Überlebenden des Mädchenorchesters im KZ Auschwitz, ihrem Sohn Joram und dem Kölner Rapper Kutlu von »Microphone Mafia« nahe der NPD-Bundesparteizentrale in Berlin aufgerufen.

Am Nachmittag vor der Bundestagswahl erlebten über 200 jüngere und ältere Antifaschisten ein begeisterndes Konzert mit Songs aus dem von Esther, Joram, ihrer Tochter Edna und »Microphone Mafia« produzierten Album »per la vita« (für das Leben).

Ziel der Veranstaltung war es, gegen die rassistischen und antisemitischen Parolen der Neonazis aufzutreten. Während der Kundgebung informierten Redebeiträge und eine Ausstellung

über die Geschichte des Neofaschismus in Deutschland und Infostände über erfolgreiche Aktionen gegen die NPD. Berliner Antifagruppen thematisierten u.a. die soziale Demagogie der NPD und riefen dazu auf, den Naziaufmarsch im kommenden Februar in Dresden mit einem breiten Bündnis zu blockieren.

Hans Coppi, Vorsitzender der Berliner VVN-BdA, forderte die Innenminister der Länder auf, ihre V-Männer, »die ja nichts anderes als staatlich alimentierte Neonazis sind, aus der NPD zurückzuziehen, um so den Weg für ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD freizumachen«. Dieser Forderung schlossen sich 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit ihren an diesem Nachmittag formulierten Gründen für ein Verbot der NPD an. Damit erhöhte sich die Anzahl der Stellungnahmen in der NoNPD-Kampagne aus Berlin auf über 400.

**Dagmar Uhlend**

Benario. Ein Begleitprogramm thematisiert verschiedene Aspekte des frühen Naziterrors von 1933.

**Matthias Heisig**

Infosunter [www.galerie-olga-benario.de](http://www.galerie-olga-benario.de).

## Freispruch für Antifaschisten

(Fortsetzung von Seite 11)

weiteren Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen einen Aufmarsch von 600 Neonazis durch Karlshorst und Lichtenberg protestiert. Dabei gelang es mehrfach, durch Sitzblockaden den Neonazi-Aufzug zu stoppen. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Straße zu räumen. Der Aufzug der Rechten musste umgeleitet und drastisch verkürzt werden.

Für Gerald lautete der Vorwurf der Anklage: Versuchte Gefangenbefreiung, Widerstand und versuchte schwere Körperverletzung. Er soll bei der Straßenblockade eine Polizistin angesprungen haben, um eine Festnahme zu verhindern. Der Polizeizeuge behauptete, Gerald habe sich heftig gewehrt, deshalb habe er dessen Widerstand mit einem Faustschlag ins Gesicht brechen müssen. Gerald verwies darauf, dass er sich bis zu seiner Festnahme in der Blockade befunden habe. Die Polizisten hätten ihn, wie alle Blockierer, einzeln aus der Menge gezogen. Widerstand habe er nicht geleistet.

Ein Video der Verteidigung untermauerte seine Aussagen. Ein weiterer Polizeizeuge beschrieb dann eine völlig gegensätzliche Szenerie. Das Gericht sprach Gerald P. frei. »Es ist schön zu sehen, wie die haltlosen Kriminalisierungsversuche gegen Nazigegner in sich zusammengebrochen sind«, kommentierte ein Sprecher der Kampagne »Nazis blockieren ist unser Recht« die von der Berliner VVN-BdA mit anderen Gruppen ins Leben gerufen worden war. Solche Verfahren zielen nur darauf, »den notwendigen Widerstand und Zivilcourage gegen Naziaufmärsche zu delegitimieren«.

**Arthur Nähring**

## Gedenken an Novemberpogrome Gegen den derzeitigen nationalistischen Taumel

**»9. November 2009 – Kein Vergessen! Kein Vergeben! Gefeierte wird nicht! Wider den nationalistischen Taumel!« Unter diesem Motto ruft die Antifaschistische Initiative Moabit, Mitglied in der Berliner VVN-BdA, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmahl an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf.**

Danach folgt eine Demonstration dem Weg, den die Jüdinnen und Juden vor aller Augen vom Sammellager in der Synagoge zum Deportationsbahnhof an der Putzitzbrücke gehen mussten und hält an Orten der Verfolgung und des Widerstands in Moabit.

Mit der diesjährigen Veranstaltung schließt sich ein Kreis. Schon 1990 sollte ein Zeichen gesetzt werden gegen den überschäumenden neuen deutschen Nationalismus, der die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu überblenden drohte. 19 Jahre später stehen in Berlin am 9. November die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des »Mauerfalls« ganz oben auf der Gedenkagenda. Die Veranstaltung soll ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart dazu sein und daran erinnern, dass Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus im wiedervereinigten Deutschland keineswegs der Vergangenheit angehören.

Als Redner wurde Peter Neuhof gewonnen. Er wurde 1925 als Kind jüdischer und kommunistischer Eltern geboren. In seinem Buch »Als die Braunen kamen. Eine Berliner jüdische Familie im Widerstand« hat er dem Widerstand gegen die Nazis und den Opfern des Nationalsozialismus ein literarisches Denkmal gesetzt.

**AIM - Antifaschistische Initiative Moabit**

**Gedenkkundgebung am 9. November, 17 Uhr, am Mahnmahl an der Levetzowstraße in Moabit**

## Etty und Peter – in Frankfurt unvergessen

Lesung mit Silvia Gingold und Ulrich Schneider



Dr. Ulrich Schneider und Silvia Gingold bei der Lesung aus Peters Gingolds Buch im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Bild: Mike Yu

**Buchmesse in Frankfurt – geeigneter Zeitpunkt für die Präsentation der autobiographischen Aufzeichnungen von Peter Gingold »Boulevard St. Martin No. 11 – ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik«, die im Frühjahr 2009 im PapyRossa Verlag erschienen sind und zur Frankfurter Buchmesse bereits in zweiter Auflage vorlagen. Eingeladen hatten – wie in Frankfurt schon mehrfach praktiziert – verschiedene Persönlichkeiten, die mit ihrem Namen für politische Richtungen und Organisationen standen, mit denen Peter Gingold zu Lebzeiten aktiv verbunden war.**

Der Saal des Gewerkschaftshauses war am 15. Oktober mit annähernd 100 Besuchern sehr gut gefüllt, als Silvia Gingold und Ulrich Schneider besonders jene Textbeispiele vorstellten, die sich auf Frankfurter Erinnerungen bezogen. Die Bandbreite der Erinnerungen reichte von familiären Details, den ersten Widerstandsaktionen der Arbeiterjugend (u.a. gemeinsam mit Emil Carlebach) über das Exil und den aktiven Widerstand in Frankreich bis zur Rückkehr nach Frankfurt und die politische Ausgrenzung als »Staatenlose«. Manche der Episoden waren selbst für jene, die Peter viele Jahre gekannt haben, durchaus neu.

In der Auswahl der Texte wurde auch Ettie Gingold, die in Frankfurt ebenso populär war wie Peter, nicht ausgelassen. Ihr Einsatz für den Krefelder Appell in den 80er Jahren gegen den NATO-Doppelbeschluss ist legendär und unvergessen.

In der anschließenden Aussprache berichteten Zuhörer von ihren persönlichen Erlebnissen mit Peter. Sie schilderten in eindrucksvollen Beispielen wie sie mit ihm gemeinsam politische Wege gegangen sind, an welchen Punkten er für sie Mentor, Anreger und Mitstreiter war. Hier wurde noch einmal deutlich, dass Peter Gingold keinerlei Berührungsängste hatte, wenn es um die antifaschistische Sache ging. Auf der Bühne der »Alten Oper« und bei der Blockade eines Naziaufmarsches war er zu finden.

Aber nicht nur das Buch wurde an diesem Abend vorgestellt, eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Auftritt des »Wohnzimmer-Westend« Chors, der das französische Partisanenlied vortrug. Eindrucksvoll war auch eine Ausstellung mit Linoldrucken aus der Werkstatt uah! von Thilo Weckmüller von Frauen und Männern aus dem Widerstand im Rhein-Main-Gebiet, die im Veranstaltungssaal gezeigt wurden. So war diese Veranstaltung nicht nur eine Lesung, es war eine gelungene Hommage für Peter Gingold.

**U. Schn.**

Redaktion: Dr. Hans Coppi  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin  
Tel.: (030) 29 78 41 78  
Fax: (030) 29 78 43 78  
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>  
E-Mail: [berlin@vvn-bda.org](mailto:berlin@vvn-bda.org)

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA  
Postbank Berlin  
Konto-Nr: 315 904 105  
BLZ: 100 100 10



# Die Frankfurter Schule nach 1945

Ausstellung »Eine Rückkehr nach Deutschland«

Die Nazis hatten es eilig, die kritischen Geister des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus Deutschland zu vertreiben, – gleich vom April 1933 datieren die vom »Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung« verfassten Entlassungsverfügungen für Max Horkheimer und weitere Angehörige des Instituts, die als linke Intellektuelle und Juden verfolgt wurden und ins amerikanische Exil gingen.

Die Ausstellung »Die Frankfurter Schule und Frankfurt – eine Rückkehr nach Deutschland« im Jüdischen Museum Frankfurt umfasst den Zeitraum des Neuanfangs der Frankfurter Schule nach 1945 bis in die Mitte der sechziger Jahre, gibt also anhand der Studien und Untersuchungen des Instituts vor allem Aufschluss über deutsche Zustände in der frühen Nachkriegszeit.

Die Forschungen des Instituts und seiner Mitglieder Max Horkheimer, Friedrich Pollock und Theodor W. Adorno zielten auf das politische Bewusstsein der Bevölkerung. Ludwig von Friedeburg schreibt dazu im Katalog: »Es ging um das Verhältnis von deutscher Ideologie und demokratischer Kultur in der Nachkriegsgesellschaft.



Max Horkheimer und Bauarbeiter auf dem Weg zur Neueröffnung des Instituts für Sozialforschung 1951. Bild: Katalog

Mit Gruppendiskussionen, einem vom Institut entwickelten Erhebungsverfahren, sollten Meinungen und Einstellungen charakteristischer Gruppen der westdeutschen Bevölkerung zu politischen Fragen ermittelt werden, um festzustellen, welche Ideologien die öffentliche Meinung bestimmten, wie sich Gruppenmeinungen bilden und durchsetzen. Erkenntnis-

## 1951: Ernüchternde Bewusstseins-Analysen

leitend war eine Gesellschaftstheorie der Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus und seiner konformistischen und autoritären Persönlichkeitsprägung.«

So zeigte zum Beispiel die groß angelegte Erhebung 1950/51 in Hamburg, Frankfurt, München und Augsburg eine erschreckende Kontinuität von nationalsozialistischen Versatzstücken und Weltdeutungen, somit die ungebrochene Wirkungsmächtigkeit von NS-Propaganda – es reichte von »Der Jude beherrscht doch die Welt« bis »Stolz ein Deutscher zu sein«.

Die erschütternden Ergebnisse kamen nicht unvermerkt. Schon nach seinem ersten prüfenden Besuch der Frankfurter Universität 1948 hatte Horkheimer über frühere Kollegen der Philosophischen Fakultät geschrieben: »Die Fakultät, an deren Sitzung ich gestern teilgenommen habe, ist überfreundlich und erregt Brechreiz. Die Brüder sitzen noch genau so da und machen ihre heimtückischen kleinen Schelmenstreichchen wie vor den Dritten Reich (und unter ihm), als ob nichts geschehen wäre.«

**P. A.**

**Die Ausstellung im Jüdischen Museum, Untermainkai 14-15, läuft bis zum 10. Januar 2010 und ist geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr.**

## Reichspogromnacht Gedenken auch 61 Jahre danach

Wie in den vergangenen Jahren haben auch in diesem Jahr verschiedene Kreisvereinigungen und antifaschistische Bündnisse die Erinnerung an die Reichspogromnacht in Hessen begangen.

Den Auftakt bildete die Veranstaltung am 7. November 2009 in Kassel, bei der ausgehend von dem Platz der ehemaligen Synagoge in der Unteren Königsstraße, ein Gedenkmarsch auf den Spuren der Ghettoisierung und der Deportation durch die Innenstadt bis zum Hauptbahnhof, dem Abfahrtsort in die Vernichtungslager, führte. An mehreren Stationen wurden historische Erläuterungen und Erinnerungsberichte von Zeitzeugen vortragen. Während die Volkshochschule, eine schulische Geschichtswerkstatt und andere Partner mit Veranstaltungen zum Thema »Antisemitismus und Gedenkkultur« diesen Jahrestag in Erinnerung riefen, war es die Tradition der VVN-BdA, diese Erinnerung »vor den Augen der Stadt« auf der Straße durchzuführen. Damit auch die »normale Bevölkerung« erreicht wurde, fand der Gedenkgang am frühen Samstagnachmittag in der Kasseler Innenstadt statt.

Auch in anderen hessischen Kreisen, wie z.B. in Frankfurt/Main, fanden von der VVN-BdA, teilweise im Bündnis mit anderen antifaschistischen Strukturen, traditionelle Gedenkaktionen am 9. November statt. Sie bildeten ein inhaltliches Gegen signal zu den Überlagerungen der historischen Erinnerung durch die staatsoffiziellen Feiern zum 9. November 1989, die in diesem Jahr latent das Gedenken an die antisemitischen Pogrome in den Hintergrund drängten. **U. Schn.**

## Rechtsextreme bei der Bundeswehr Manöver mit Neonazis

**Das Landesmagazin des Hessischen Rundfunks »de facto« deckte Anfang Oktober auf, dass zwei bekannte Rechtsextremisten aus der Schwalm vor einigen Wochen an einem Bundeswehr-Manöver in Frielendorf im Schwalm-Eder-Kreis teilgenommen haben. Die Männer sind Soldaten der Reserve. Die örtliche Reservisten-Kameradschaft feierte mit der Übung, einer Waffenschau und einem Erbsensuppenessen ihr 40-jähriges Bestehen.**

Das Magazin »de facto« berichtete: »In voller Kampfmontur ging

durchs Fachwerk-Idyll. Die Bundeswehrreservisten, die da mitwirkten, wurden reaktiviert vom Landeskommando der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) der Bundeswehr in Hessen. Militärübung und gemütliches Beisammensein neben Panzer und Maschinengewehr dienen laut Reservistenkameradschaft der »Stärkung der Wehrbereitschaft«.

Doch merkwürdig: Einer der Reservisten ist ein einschlägig bekannter Neonazi, Martin B. Auch er nimmt an dieser Bundeswehrübung teil. Seine (Fortsetzung auf Seite 14)

Redaktion: Peter Altmann  
Landesverband der VVN-BdA-Hessen  
Eckenheimer Landstr. 93,  
60318 Frankfurt,  
Tel. und Fax: (069) 597 05 24.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!  
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen  
Postbank Frankfurt  
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

**Manöver mit Neonazis**

(Fortsetzung von Seite 13)

›Wehrbereitschaft‹ stellt Martin B. auch schon mal anders unter Beweis. Als Aktivist der rechtsextremen Schlägerbande ›Freie Kräfte Schwalm-Eder‹ unterstützte er im Landtagswahlkampf 2008 die NPD. Und auch im Internet macht er keinen Hehl aus seiner rechtsextremen Gesinnung. Unter dem Pseudonym ›Nick Rivers‹ präsentiert er sich als ›Hauptgefreiter der Reserve‹ und ›Regimegegner‹. Zu seiner Lieblingsmusik zählt er drei bekannte Rechts-Bands [Aggravated Assault, Blue Eyed Devils, Chaos 88] und seine Lieblingsbücher stünden fast alle auf dem Index, schreibt er.

**Reservistenkameradschaft mit Rechtsdrill**

Im Internet finden wir einen weiteren einschlägig bekannt gewordenen Reservisten: Wolfram M. Der Vorsitzende der Reservisten-Kameradschaft Großropperhausen, einem Ortsteil von Frielendorf, ist jahrzehntelang in der rechtsextremen Szene aktiv gewesen. Er gehörte schon Anfang der achtziger Jahre zum Umfeld einer Gruppierung, die später diverse Sprengstoffanschläge und Banküberfälle verübte. Bis in die Neunziger setzte sich Wolfram M. im Bundesvorstand der ›Hilforganisation für nationale Gefangene‹ für neonazistische Strafgefangene ein. Die Organisation wird vom Verfassungsschutz als eindeutig rechtsextremistisch eingestuft.

Über den Reservistenverband der Bundeswehr im Schwalm-Eder-Kreis hat Wolfram M. in den letzten Jahren mehrfach auch an Schießübungen teilgenommen. Außerdem besitzt er nach Informationen von ›de facto‹ eine Waffenbesitzkarte, mit der er ganz legal Waffen und Munition kaufen kann.

Auch den Landrat Frank Martin Neupärtl (SPD, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der SPD-Juristen) trifft

# Landtag debattiert über Gedenkpolitik

## Totalitarismustheorie verharmlost Holocaust

**Bei der Abwicklung des antifaschistischen Selbstverständnisses der DDR waren bislang vorrangig die östlichen Bundesländer beschäftigt. Anlässlich des 20. Jahrestages der Grenzöffnung sehen sich auch die westlichen Bundesländer veranlasst, hier »Signale« zu setzen. So war auch ein Antrag der hessischen CDU/FDP-Regierung zu verstehen, die den Besuch von DDR-Gedenkstätten (Grenzmuseen oder Point Alpha) für alle Schüler »empfehlen« wollten.**

Dass sich hinter diesem Antrag kein historisch reflektierter Ansatz verbarg, machte insbesondere CDU-Rechtsaußen MdL Hans-Jürgen Irmer, der auch bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion ist, in seiner Stellungnahme deutlich. Er beklagte die »politischen Verbrechen der Staatssicherheit« und er forderte die Partei DieLinke auf, - wörtlich - »den Verbleib ihres Milliardenvermögens aufzuklären und sich bei den Opfern ihrer marxistischen Diktatur zu entschuldigen«. Der FDP-Sprecher assistierte mit dem Hinweis auf die deutsche Teilung und die »Schrecken dieser Grenze«.

Dass hiermit eine geschichtspolitische Weichenstellung vorgenommen werden sollte, war allen Oppositionsparteien offensichtlich. Doch während Grüne und Linke ein kritisches Hinterfragen im gesellschaftlichen Dialog dieser historischen Entwicklung forderten, bei dem auch – so Barbara Cardenas (LINKE) »die Lebensleistung der DDR-Bürger anerkannt und nicht nur über die Mauer-Toten und die politisch Verfolgten ge-

sprochen werden« müsse, glaubte die SPD, diesen konservativen Vorstoß mit einem Totalitarismusan-satz begegnen zu können. Mit der an sich richtigen Überlegung, dass die deutsche Spaltung nur vor dem Hintergrund der faschistischen Verbrechen zu verstehen sei, erklärte sie: »Das Unrechtsregime in der DDR ist eine Folge des Faschismus, auch deshalb muss Erinnerungskultur selbstverständlich beide dunkle Kapitel der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts beinhalten.« Die SPD forderte daher eine Verpflichtung zum Besuch von DDR- und Holocaust-Gedenkstätten.

Dabei ist dieser Ansatz in sich widersprüchlich. Der SPD-Sprecher Lothar Quanz betonte, die Lehre müsse sein: »Nie wieder Faschismus, nie wieder Diktatur, nie wieder Krieg.« Gleichzeitig signalisiert die Begrifflichkeit »Unrechtsstaat« für die DDR und die Fokussierung der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus auf Holocaust-Gedenken, dass sich die SPD im Kern nicht vom geschichtspolitischen Ansatz der Landesregierung unterscheidet. Sie vergisst dabei sogar ihre eigene Geschichte. Man wird doch nicht die Gedenkstätten Osthofen oder Breitenau, in denen an verfolgte hessische Sozialdemokraten der ersten Jahre faschistischer Verfolgung erinnert wird, als »Holocaust-Gedenkstätten« bezeichnen wollen.

Antifaschisten sind auch in Hessen gefordert, einer »Abwicklung« antifaschistischer Geschichtsperspektiven durch totalitarismustheoretische Vorgaben entgegenzuwirken. **Ulrich Schneider**

der Hessische Rundfunk bei seinen Dreharbeiten in Frielendorf an. Auch er feierte mit der Reservisten-Kameradschaft das 40-jährige Bestehen. »Die Kameradschaften genießen im Schwalm-Eder-Kreis hohes Ansehen«, heißt es im Bericht.

Der hessische Reservistenverband will nach den Recherchen der Journalisten und eigenen Untersuchungen nun zwei Mitglieder ausschließen, darunter auch Wolfram M. Der gibt an, inzwischen nichts mehr mit der rechten Szene zu tun zu haben.

**Lutz Berger ist tot**



**Unser Kamerad Lutz Berger ist am 15. September im Alter von 67 Jahren verstorben. Sein Tod kam für alle überraschend. Er wird uns mit seinen Erfahrungen und Ideen in der antifaschistischen und antimilitaristischen Bewegung fehlen.**

Faschismus ist ein Verbrechen und keine Meinung, war die Grundüberzeugung seines Lebens. Dazu gehörte für ihn, dass Faschismus und Militarismus zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Seit Jahrzehnten gehörte Lutz zur VVN-BdA Bochum. Aus der Bochumer Friedensbewegung war er nicht wegzudenken.

Lutz war in den letzten Jahren als stellvertretender Vorsitzender der Bochumer VVN-BdA aktiv. Die unter seiner Leitung entstandene Broschüre und Ausstellung »Verachtet, vertrieben, verfolgt – Die Verfolgung der Sinti und Roma in Bochum und Wattenscheid« fanden weit über die Stadtgrenzen hinaus große Anerkennung. Als VVN-Vorstandsmitglied war Lutz auch aktiv in der Initiative »Bochum gegen Rechts«.

Die VVN-BdA Bochum trauert um Lutz. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Marianne und seinen Töchtern Lina und Sara.

**Klaus Kunold**

Redaktion: Ulrich Sander  
Landesbüro der VVN-BdA NRW,  
Gathe 55, 42107 Wuppertal,  
Tel.: (0202) 45 06 29  
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,  
Konto 28212-435, BLZ 36010043



# Erfolgreiche Regionalkonferenz

## Antifaschisten des Aachener Raumes vernetzten sich

Eine Regionalkonferenz des Aachener Raumes »Aktiv gegen Rechts« kam am 31. Oktober in Eschweiler zusammen. Frank Taufenbach, Sprecher der Eschweiler Bürgerinitiative »Gemeinsam gegen Neonazis«, konnte zum Schluss bilanzieren:

»Die erste Regional-Konferenz »Aktiv gegen Rechts« war ein voller Erfolg. Auf der Konferenz, waren nahezu alle Bündnisse und Initiativen aus der Region vertreten. Ein deutliches Zeichen gegen Neonazis und ihre Provokationen in unserer Region wurde damit gesetzt. Die Teilnehmer verabschiedeten schließlich die anliegende Erklärung. Die Provokation von Nazis am menschenleeren Eschweiler Bahnhof blieb unbeachtet. Die gute Arbeitsatmosphäre wurde viel-



Begrüßung der Konferenz durch den Schirmherren und SPD-Bürgermeister von Eschweiler Rudi Betram.

fach von Teilnehmern hervorgehoben. Dazu trug ganz besonders die gastfreundliche Aufnahme durch

aktive Schüler/innen und des Fördervereins der Eschweiler Gesamtschule bei.«

## Beitrag von Arno Klönne Welche Verfassung?

Mit Entsetzensrufen reagierten die meinungsmachenden Medien in NRW auf den Entwurf des Landtagswahlprogramms der Linkspartei.

»Linksrevolutionäres, DKPistisches« sei da zu Tage getreten. Und die schwarz-gelbe Koalition äußerte sich, als wäre bald ein Verbot dieser Partei des Bösen fällig. »Wer ein solches Programm beschließt, steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes«, empörte sich CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Für Gerhard Papke (FDP) habe die Linke »ein bedrückendes Dokument kommunistischer und freiheitsfeindlicher Ideologie vorgelegt.« Hauptsächlich lasteten sie der Linkspartei an, sie plane eine »Verstaatlichung« der Energiekonzerne.

Aber an dieser rhetorischen Justiz war offenbar Leseschwäche beteiligt. Tatsächlich heißt es bei der Linken, die Energieversorgung (wie andere infrastrukturelle Leistungen auch) gehörten »in öffentliches und demokratisch kontrolliertes Eigentum« – eine Forderung, die derzeit viele Kommunen zu realisieren versuchen.

Verfassungsfeindlich? Das Grundgesetz kann nicht gemeint sein, es räumt in Artikel 15 ausdrücklich Möglichkeiten ein, zum Zwecke der »Vergesellschaftung« Naturschätze und Produktionsmittel in »Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft« zu überführen. Und die NRW-Landesverfassung enthält in Artikel 27 sogar eine Sollvorschrift, »Grundstoffe« (die Kohle war 1950 einer davon) seien in öffentliches Eigentum zu überführen.

Rüttgers, Papke und ihre Kompagnons haben also nicht die Verfassungsnorm, sondern die Verfassungswirklichkeit im Sinn, die politisch-ökonomische Faktizität also: Die Herrschaft der Konzerne soll nicht angetastet, deren weiter privatisierender Zugriff nicht gehindert werden. Wer die Verfassungsnorm ernst nimmt, verläßt demnach ihren »Boden«; er begibt sich in die raue Luft politischer Diffamierung. (aus: OSSIETZKY Nr. 21/2009 17.10.09)

## Schlusserklärung der Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts«

Die Region Aachen ist gekennzeichnet vom häufigen und gewalttätigen Auftreten neonazistischer Gruppen. Die Gewalt- und Propagandadelikte von Rechts sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. In diesem Umfeld führten wir mit ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die erste Regionalkonferenz »Aktiv gegen Rechts« durch. Die Teilnahme von drei Bürgermeistern aus Eschweiler (Schirmherr), Stolberg und Aachen (OB) sowie zahlreicher lokaler Initiativen unterstreicht die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit.

Wir haben mit dem Ziel der Vernetzung der lokalen Initiativen zu dieser Konferenz eingeladen. Im Plenum hatten wir einen Austausch über Widerstandsformen gegen Neonazismus. In Arbeitsgruppen vertieften wir unsere Kenntnisse über Erscheinungsformen der äußersten Rechten. Auf Infotafeln und Infotischen konnten die Besucher die Vielfalt lokaler Initiativen kennen lernen. Von der Erinnerungsarbeit an die Verbrechen des Faschismus bis zur Blocka-

deaktion gegen Nazi-Auftritte reichte die Spannweite der Erfahrungen vor Ort.

Die Konferenz war starken Anfeindungen neonazistischer Gruppen ausgesetzt. Der bekennende Hitler-Verehrer Reitz hatte zu einer Demonstration in Aachen aufgerufen, um seine Gegner zu spalten. Außerdem provozierte er mit einer Ankündigung, am Bahnhof von Eschweiler eine Kundgebung durchführen zu wollen.

Wir haben uns davon nicht von unserer Regionalkonferenz abhalten lassen. Deutlich wurde, dass die antifaschistische Bewegung arbeitsteilig mehrere Herausforderungen annehmen kann, einerseits eine Konferenz wie geplant durchführen und gleichzeitig den Neonazis Paroli bieten.

Die Probleme wegen derer wir uns getroffen haben, sind mit der Konferenz nicht beseitigt. Immer noch können und dürfen Neonazis in der Region Demonstrationen durchführen, die von der Polizei geschützt werden. Immer noch begehen Neonazis Straftaten und werden kaum oder unzureichend zur Rechenschaft gezogen.

Wir warnen erneut vor der Verharmlosung von Rassismus und Neonazismus in der Region. Wir finden uns nicht damit ab, dass die gefährlichen Ideen der Neonazis als Teil der Demokratie betrachtet werden. Für uns ist Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Deshalb plädieren wir für Unuldamsamkeit und zivilen Ungehorsam in der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus. Wir bitten die Kommunen und Kommunalparlamente, die Forderungen unserer Konferenz ernsthaft zu diskutieren und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Die nächste regionale Herausforderung wird die angekündigte Demonstration von Neonazis Anfang April in Stolberg sein. Wir wollen uns dieser alljährlichen Provokation gemeinsam entgegenstellen und den Neonazis die Lust auf öffentliche Auftritte nehmen.

Wir planen, in zirka einem Jahr einen neuen Anlauf für eine weitere Konferenz zu unternehmen.

# Aufgaben vor der Wahl

## Landesausschuss bereitet 8. und 9. Mai vor

**Der Landesausschuss der VVN-BdA NRW hat sich auf seiner Tagung am 17. Oktober mit dem Ausgang der Wahlen und dem Ausblick auf die Aufgaben im kommenden Jahr – insbesondere auch hinsichtlich der Landtagswahlen und des Jahrestages der Befreiung im Mai 2010 – befasst.**

Jürgen Schuh, Landesgeschäftsführer, resümierte eine Vielfalt von Aktivitäten der NRW-Kreisverbände im Rahmen der Kommunalwahlen in NRW. Aktionen in Köln, Leverkusen, Krefeld, Solingen, Dortmund, Wuppertal, Essen, Aachen, Düsseldorf, Ennepe-Ruhr, Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen u. a. m. machten Neonazis und Rassisten aller Richtungen das Leben ein bisschen schwerer. Sie verloren an Stimmen. In den aktiven Bündnissen vor Ort hat die VVN-BdA vielfach als treibende und gestaltende Kraft mitgewirkt. Die Plakatkampagne »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!« ist von der Linkspartei, der DKP und Bündnis 90/Die Grünen punktuell aufgegriffen worden.

In der Diskussion machte Peter Trinogga aus Köln deutlich, dass trotz aller antifaschistischen Aktivitäten der Stimmenanteil der Rechten aus »Pro Köln« nicht abgenommen habe. Für uns stelle sich mit dem Blick auf die Landtagswahl im Mai 2010 die Aufgabe der Entwicklung langfristiger Bündnisstrategien. Kurt Heiler aus Aachen verwies darauf, dass Rassismus in den Köpfen, ein Wählerpotential für Rechte in Größenordnungen vorhanden sei. Nach dem »Erfolg«, den der Bundesbankier und SPD-Politiker Thilo Sarrazin mit seinen Ausfällen gegen Ausländer in sozialen Unterschichten hatte, ist damit zu rechnen, dass eine neue rassistische Welle – ganz ohne Parteistrukturen – durchs Land geht.

Der Innenminister von NRW ließ am 29. Juli in einem Brief an Ulrich Sander zu einem NPD-Verbot verlautbaren, dass ein entsprechendes Verfahren wohl scheitern werde. »Aufgeklärte Bürgerinnen und Bürger sind der beste Schutz

für unsere Verfassung. Deshalb setzt die Landesregierung darauf, die Bürgerinnen und Bürger gegen die Zumutungen der rechtsextremistischen Organisationen zu wappnen.«

### Kommunale Aktionen gegen ZMZ

Angesichts der Ergebnisse der Bundestagswahl vermutete Ulrich Sander, dass dies »wappnen« schwieriger werde. Er sprach sich für Forderungen an die FDP als »Bürgerrechtspartei« aus, stellte allerdings fest: »Die FDP bei ihrer Bürgerrechtsehre zu packen, ist eine gute Absicht. In NRW hat die FDP aber ihre Wohlanständigkeit auf diesem Sektor Dank Ingo Wolf und der rechtsextremen Geschichte der NRW-FDP schon lange verloren. Zur Vorbereitung der Landtagswahl am 9. Mai 2010 wollen wir die Geschichte der NRW-FDP aufarbeiten. Wir beginnen mit einer Aufklärungsaktion über Ernst Achenbach, Nazi-Freund, Schreib-tisch-Judenmörder und FDP-Mann aus Essen, langjähriger Sekretär der Stiftung derer von Krupp u. a. ›Adolf Hitler Spende der Wirtschaft.«

Die neuen linken kommunalen Abgeordneten, viele gehören der VVN-BdA an, wurden um Unterstützung gebeten bei der Aufklärung über die demokratiefeindliche ZMZ, Zivil-militärische Zusammenarbeit, in den Kommunen des Landes.

Der Landesausschuss beschloss für den 12. Dezember 09 ein eintägiges Seminar in Wuppertal, Gathe 55. Es wird unter dem Titel »Zukunftswerkstatt 2010« stattfinden und u. a. die Mitgliedergewinnung, die Stärkung des organisierten Antifaschismus zum Schwerpunktthema haben.

Eine Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen wurde als Bündnisaktivität vorgeschlagen. Als Termin wurde der 27. Februar 2010 angeregt.

Mit dem von Prof. Dr. Wolfgang Dreßen gegründeten »Büro gegen Rassismus und Militarismus« wird Kontakt aufgenommen. U.S.

## Brief der Dortmunder VVN-BdA-Vorsitzenden Agnes Vedder Nazis terrorisieren Antifaschisten

Gemeinsam mit älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern hat Agnes Vedder, 83, VVN-BdA-Vorsitzende in Dortmund, den beigefügten Brief an die Medien erarbeitet. Ähnlich wurde auch die von Nazis attackierte Familie Engelhardt aus Dortmund-Dorstfeld angeschrieben. Wir veröffentlichten das Schreiben, das Bedeutung hat auch angesichts der zunehmenden Attacken von Nazis gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten in ganz NRW, so im Aachener und Siegener Land.

Sehr geehrte Redaktion!

Die Angriffe der Neonazis auf die Familie Engelhardt veranlassen uns, dieser unsere Solidarität auszudrücken. Unsere Organisation ist eine sehr traditionsreiche antifaschistische Organisation, die aus dem Widerstand gegen den deutschen Faschismus und gegen den Krieg hervorgegangen ist. Viele unserer Mitglieder waren immer wieder ähnlichen Attacken wie sie ausgesetzt. Wir stellten fest, dass nur gemeinsames Handeln dem Terror der Nazis ein Ende bereiten kann. Für solche Selbsthilfee-

tionen wollen wir gern unter den Nazigegegnern der Stadt werben, so dass auch dieser Familie geholfen wird.

Besonders beunruhigt hat uns die Mitteilung, dass das Hilfsersuchen an die Polizei vergeblich war. Wir waren in dieser Hinsicht in Dortmund schon weiter. Unter Polizeipräsident Wolfgang Schulz in den 80er Jahren ging es nicht an, dass Polizisten solche Antworten geben, wie sie Familie Engelhardt erhielt. Oberbürgermeister Günter Samtlebe hat sich persönlich um die Sicherung der Wohnungen von Betroffenen gekümmert. Auch die ständigen Naziaktionen konnten in den 80er Jahren von Dortmund ferngehalten werden. Erforderlich ist, dass ehrenamtliche Helfer, aber auch Polizisten in der Nähe sind, um die Naziaktionen abzuwehren. Die Polizei darf nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Frau Engelhardt und ihre Familie verdienen Hilfe von uns allen. Wir sollten solidarisch handeln. Denn für unsere Stadt, für die Demokratie ist es verheerend, wenn Menschen wieder vor Nazis fliehen müssen.

## Die VVN-BdA NRW bittet um Hilfe

### Liebe Freundinnen und Freunde der VVN-BdA,

der »Kameradenkreis Gebirgstruppe« hat gegen uns prozessiert und das hat viele Mittel erfordert. Mit Euren finanziellen Hilfen waren wir erfolgreich und danken herzlich! Nun möchten wir hierzu eine Broschüre herausgeben. Außerdem wollen wir unser Archiv komplettieren, um auf weitere Auseinandersetzungen vorbereitet zu sein.



Wir bitten um Eure Hilfe. Wir bitten um Eure Spenden.

### Mit antifaschistischen Grüßen, VVN-BdA NRW

**Bankverbindung: Konto 28212 - 435 bei Postbank Essen, BLZ 360 100 43.  
Die VVN-BdA ist anerkannt vom Finanzamt Wuppertal-Elberfeld als gemeinnützige steuerbegünstigte Körperschaft.**

Ulli Sander vor dem Gerichtsgebäude in Nürnberg. Bild: Jochen Vogler